

# Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2  
Fernsprecher: Amt F7 Jannowitz 6191

Berlin, den 12. November 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Gesamtergebnis der Reichstagswahlen

Der Ausgang der neuen Reichstagswahlen hat für die Mehrzahl der politisch Interessierten sicher keine ungewöhnliche Ueberraschung gebracht, es sei denn, man zählt den erheblichen Stimmenrückgang von über zwei Millionen Hitlers dazu. Wenn man aber bedenkt, daß die Papen-Regierung bis in die letzten Tage hinein durch den Rundfunk und auch sonst offiziell scharf von Hitler abgerückt ist, so ist es wiederum begreiflich, daß ein erheblicher Teil der Spreu, die sich nach dem jeweiligen Regierungswind richtet, davongeflogen ist. Aber noch markanter als der enorme Rückgang der Hitler-Herrschaften bleibt die Tatsache, daß auch der neue Reichstag für die Papen-Regierung nichts übrig hat — es sei denn, daß Hitler das Kommando: Rechts um! Front nach der entgegengesetzten Seite vom Braunen Hause erschallen läßt und die elf Millionen Wähler das mitmachen. Wir möchten es fast zur Ehre der Wähler bezweifeln, aber in dieser Zeit der Wirrnisse ist selbst das Unwahrscheinlichste möglich. — Nach wie vor haben wir die katastrophale Wirtschaftskrise in Deutschland, verstärkt durch die Notverordnungen und die systematische Abdrösselung der Kaufkraft, die wir nun bereits seit den Tagen der Brüning-Regierung erleben mußten. Auch der Ankurbelungsplan zur Belebung der Wirtschaft dieser Papen-Regierung hat daran bis jetzt nichts geändert. Die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen am 20. Juli hat sich natürlich politisch katastrophal ausgewirkt. Sie gab den Kommunisten einen erheblichen Auftrieb, die fast 700 000 Wähler gewannen. Daß die Sozialdemokratie, nachdem sie bereits bei der letzten Wahl eine halbe Million Stimmen einbüßte, nun erneut 730 000 Stimmen verloren hat, ist deshalb sehr bemerkenswert, weil wir in ihr die beste, ja zur Zeit die einzige parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften erblicken, und weil ohne eine Sozialdemokratie ein geordnetes Funktionieren des Reichstages kaum denkbar ist.

Doch damit kämen wir schon zu den politischen Auswirkungen dieser Wahl. Es sei deshalb zunächst noch ergänzend festgestellt, daß auch die Deutsch-

nationalen diesmal 730 000 Stimmen gewonnen haben, so daß sie jetzt fast 3 Millionen Wähler zählen. Selbst die Deutsche Volkspartei hat in ihren altersschwachen Tagen noch einmal einen Auftrieb von über 200 000 Stimmen aufzuweisen, doch fällt ihre Gesamtziffer mit 600 000. d. h. etwa 11 Mandaten, nicht erheblich ins Gewicht. Beschämend für den deutschen Wähler ist die Tatsache, daß weit über eine halbe Million Stimmen wieder in kleinste Gruppen zersplittert sind. Hier muß in der Tat baldmöglichst eine

Änderung durch verbesserte Wahlbestimmungen erreicht werden. Auch die Gruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei ist im neuen Wahlkampf weiter zurückgegangen, so daß sie wiederum kein Mandat aufzuweisen dürfte. Das Zentrum hatte in der letzten Wahl nicht unerheblich aufgeholt und galt deshalb als fester Faktor in dieser Wahl. Es hat aber doch offenkundig infolge seines andauernden Zaverens und Verhandeln mit Hitler nicht wenig Einbuße aufzuweisen, nämlich: Zentrumspartei

Parteien	Stimmen am		In Prozenten		Mandate am	
	6. November 1932	31. Juli 1932	6. November 1932	31. Juli 1932	6. November 1932	31. Juli 1932
Nationalsozialisten	11 713 785	13 745 781	33,2	37,3	195	230
Sozialdemokraten	7 237 894	7 959 712	20,4	21,6	121	133
Kommunisten	5 974 209	5 282 626	16,8	14,3	100	89
Zentrum	4 228 633	4 589 335	11,9	12,1	69	75
Deutschnationale	3 064 977	2 177 414	8,6	5,9	51	37
Bayerische Volkspartei	1 081 932	1 192 684	3,1	3,2	19	22
Deutsche Volkspartei	660 092	436 012	1,8	1,2	11	7
Staatspartei	338 064	371 792	0,9	1,0	2	4
Christlichsoziale	412 685	364 542	1,1	1,0	5	3
Wirtschaftspartei	110 181	146 876	0,3	0,4	2	2
Deutsch Bauern-Partei	148 990	137 133			3	4
Württ. Bauernbund	105 188	96 851	0,3	0,1	2	2
Landbund	60 065				1	1
Sonstige Parteien	559 955	—				

360 000 und die Bayerische Volkspartei 110 000, zusammen also 470 000 Stimmen Verluste.

Ueber die verschiedenartige Entwicklung in einzelnen Wahlkreisen und die Gesamtauswirkung dieser Wahlen für die Gewerkschaften wird später noch einiges zu sagen sein. Für jetzt möchten wir nur feststellen, daß die Papen-Regierung, wenn auch ungewollt, alles getan hat, um den Auftrieb der Kommunisten zu begünstigen. Die fortgesetzten Zeitungsverbote, vor allen Dingen aber auch der Konflikt mit Preußen, haben eine so weitgehende Verbitterung in den breiten Massen der Arbeitnehmer ausgelöst, daß viele diesmal sicher den Kommunistenwahlzettel als Protest abgegeben haben. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so kann man das aus den Berliner Wahleresultaten im besonderen erkennen, wo der Auftrieb der KPD besonders stark ist, sicher infolge des Verkehrsstreiks und der damit verbundenen politischen Auswirkungen. Die besinnliche und zielklare Politik der Gewerkschaften hat nach wie vor in der Sozialdemokratie politisch und parlamentarisch ihre starke Stütze mit 121 Abgeordneten. Wenn nun auch die KPD. mit 100 Mann in den

Reichstag einrückt, wird sie wohl oder übel einen Teil der Verantwortung der deutschen Arbeiterpolitik auf ihre Schultern nehmen müssen, anderenfalls wird sie weder vor der Geschichte noch vor den Wählern bestehen können.

Das deutsche Volk leidet unter der Wirtschaftskrise in unerhörtem Maße. Der gewissenhafte Arzt — die Sozialdemokratie — kann ihm kein Wundermittel verschreiben, das es aus der unmittelbaren Weltwirtschaftskrise in einen Zustand der Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft führen könnte. Wir als ehrliche Politiker wissen nur Linderungsmittel; darüber hinaus aber haben wir genügende Wirtschaftspläne aufzuweisen, um auf organischem Wege die Wirtschaft planmäßig umzugestalten im Sinne des Sozialismus und der Demokratie. Aber gegenwärtig verlangt der Schwerekranken ein Wundermittel, das ihn schnell kurieren soll, und so ist es erklärlich, daß Kurpfuscher und Gesundheitsbeter — wenn auch nur vorübergehend — auf den Patienten einwirken können.

Für die Papen-Regierung bleibt jedenfalls keine rechte Möglichkeit, eine Mehrheit zu bilden. Es sei denn, daß die feindlichen Brüder: Nationalsozialisten und Deutschnationale, sich verständigen und das Zentrum diese Regierung stützt oder mindestens toleriert. Nach dem nicht unerheblichen Rückschlag des Zentrums wird in diesen Kreisen nicht allzuviel Interesse dafür vorliegen, um so weniger, als die Papen-Regierung bislang sich nicht gerade als zentrumsfreundlich erwiesen hat.

Alles in allem bleibt bedauerlich, daß auch der neue Reichstag kaum in der Lage sein wird, von sich aus eine Regierung zu bilden, die auf parlamentarischer Basis regieren könnte.

So stehen wir nach Abschluß dieser Wahl erneut vor großen politischen Schwierigkeiten. Eins ist freilich unzweifelhaft und klar aus diesen Wahlen ersichtlich: die Papen-Regierung hat nach wie vor eine äußerst schmale Basis. Wenn sie den Bogen überspannt, erreicht sie das Gegenteil von dem was sie wollte. Das haben unzweifelhaft diese Reichstagswahlen erkennen lassen. Unklar bleibt, wie Hitler seine Mannen über den schweren Verlust trösten wird. Noch beißt der „Angriff“ von der Niederlage Papens, aber wir trauen den Nazis nicht über den Weg. Es muß schon jetzt gesagt werden, daß die Verfassungsfreundlichkeit, auf die sich die Nazis in den letzten Monaten beriefen, nicht allzu ernst zu nehmen ist, und wir haben bei den verschiedenen Länderregierungen, die von den Nazis besetzt werden, ein Bild bekommen, wie hemmungslos sie wirtschaften und sich über Gesetz und Verfassung hinwegsetzen. Diese Spuren schrecken, und ohne Zweifel ist der enorme Rückgang der Nazis nicht zuletzt aus den Regierungsexperimenten einzelner Länder mit Nazi-Regierung in starkem Maße entstanden.

Aufgabe der Gewerkschaften bleibt es nach wie vor, über den Rahmen ihrer Berufsinteressen hinaus für weitgehende politische Aufklärung zu sorgen und einer zielklaren, besinnlichen Politik auf lange Sicht das Wort zu reden. E. D.

## Wirtschaftlicher oder politischer Streik?

### Die Lohnbewegung bei der BVG.

Die durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch für die tarifbeteiligten Gewerkschaften beendete Lohnbewegung bei der BVG wird künftig in den Kreisen der Arbeiterschaft und besonders der Straßenbahner nicht nur Gegenstand lebhafter Erörterungen, sondern auch Ausgangspunkt gewerkschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen sein.

Um so notwendiger ist es, dem objektiven, wahrheitsliebenden und einsichtigen Beurteiler Gelegenheit zu geben, den Ablauf dieser Lohnbewegung von den ersten Ursachen bis zum Schlusssatz unter Darstellung der Motive und Tatsachen kennenzulernen. Erst danach kann die heftig umfrittene Frage: Streik oder Putsch? beantwortet werden. Wenn gleichzeitig damit das Verhalten der tarifbeteiligten Gewerkschaften insbesondere des Gesamt-Verbandes seine Rechtfertigung erfährt, so erfolgt das zwangsläufig aus den bestehenden gesetzlichen rechtlichen und gewerkschaftlichen Zuständen.

#### Warum Lohnbewegung überhaupt?

Die Notverordnungs politik, ob von Brüning oder Papen, haben wir stets bekämpft; doppelt energisch bekämpft, wenn durch sie Löhne und Gehälter oder sozialpolitische und sozialrechtliche Postulate angegriffen waren. Die Notverordnungs politik haben jedoch nicht die Gewerkschaften, sondern im parlamentarischen Staat die Wähler zu verantworten. Wie überhaupt (nicht vorwurfsvoll, sondern mahnend und überzeugend) nie scharf genug betont werden kann: die Notverordnungs politik ist Folge und Ergebnis der politischen Wahlen. Je größer die politische Zersplitterung der Arbeiterschaft, um so ohnmächtiger ihr politischer Einfluß. Je geringer ihr Einfluß, um so größer die Macht der gegnerischen Regierung. Schon die gedankliche Logik zwingt zu diesem Resultat. Handgreiflicher bestätigen das aber die Maßnahmen der Brüning und Papen. Jedenfalls wäre es für die Arbeiterschaft einfacher und zweckmäßiger, durch politische Konzentration jede Notverordnungs politik zu verhindern, als später gegen bestehende Notverordnungen gewerkschaftlich ankämpfen zu müssen. Die Lehre gibt uns die Lohnbewegung bei der BVG ebenfalls.

#### Die Lohnbewegung selbst.

Das Lohnabkommen bei der BVG lief am 31. Oktober ab. Zur Erneuerung verlangte die BVG einen Lohnabbau in geradezu empörendem Ausmaß. Entstanden dabei doch neben dem Fortfall der Frauen- und Kinderzulagen Kürzungen von 10 bis 17 Pf. am Stundenlohn und von 2 und 17 Pf. an den Fahrzulagen. Nachdem unsere Verhandler von der Bezirksverwaltung Berlin es abgelehnt hatten, darüber überhaupt zu verhandeln und den Neu-

abschluß eines unveränderten Lohnabkommens forderten, lud die BVG wieder ein mit einem neuen Angebot von 6 bis 9 Pf. Kürzung des Stundenlohnes. Aber auch das fand unsere Zustimmung nicht. In den folgenden Verhandlungen konnte zunächst erreicht werden, daß die Zulagen für Fahrer und für Frauen und Kinder unverändert bleiben, wobei letztere bis zu 48 Stunden (bisher bis zu 44 Stunden) gezahlt werden. Streit bestand danach nur noch über die Stundenlöhne. Die BVG mußte schließlich aber auch hierin zurück. Zulezt gelang es, diese Kürzung wenigstens bei den Löhnen der Fahrkartenausgeberinnen abzuwehren. An der allgemeinen Lohnkürzung von 2 Pf., wobei die Lohnabelle monatlich kündbar sein sollte, hielt die BVG aber fest mit dem Hinweis darauf, daß eine gleichartige Lohnsenkung bei den übrigen städtischen Arbeitern bereits vorgenommen sei.

Gleichwohl erklärten unsere Verhandler, selbst eine 2 Pf. betragende Lohnminderung nicht unterschreiben zu können. Sie waren jedoch bereit, das Verhandlungsergebnis einer vom Arbeiterrat durchzuführenden Urabstimmung mit allen daraus entstehenden Folgen zu unterbreiten.

Niemand kann angehts dieser Entwicklung der Lohnbewegung bestreiten, daß der Gesamt-Verband nicht alles getan hat, um durch Verhandlungen jede Lohnkürzung abzuwehren. Zuviel getan dabei und leider in entgegengesetzter Richtung hat aber der Kommunist Wiñewski, Mitglied des Aufsichtsrats der BVG. Nach einem Bericht der „Roten Fahne“ erklärte dieser „Taktiker“ in einer Versammlung (wohl um den Gesamt-Verband zu verleumden), daß „die freien Gewerkschaften einen Stundenlohnabbau von 5 Pf. hinnehmen würden“.

Kaum gelesen, machte die BVG von dem willkommenen Argument Gebrauch, was den Verhandlungen keineswegs dienlich war.

#### Die Urabstimmung.

Nach den Verbandsjahungen der freien Gewerkschaften findet eine Urabstimmung in der Regel statt unter den Verbandsmitgliedern, wobei dafür z. B. noch besondere Voraussetzungen (Dauer der Mitgliedschaft) erfüllt sein müssen. Von dieser Regel jetzt abzuweichen, lagen verschiedene Gründe vor, insbesondere die nicht zu verheimlichende Tatsache, daß die Berliner Verkehrsarbeiter leider in großer Zahl unorganisiert sind. Die Urabstimmung wurde deshalb vom Arbeiterrat vorgenommen. Ergebnis:

Stimmberechtigt . . . . .	21 902
Beteiligung . . . . .	18 537
Davon für Annahme . . . . .	3 993
Davon für Streik . . . . .	14 471

Nach den Satzungen des Gesamt-Verbandes wäre damit die vorgeschriebene nach der Zahl der Beschäftigten berechnete Dreiviertelmehrheit nicht erreicht gewesen. Daraus kam es aber allein nicht an, nachdem eine so überwiegende Mehrheit die Annahme des Verhandlungsergebnisses abgelehnt hatte. Wurde doch dadurch unsere Haltung gegenüber der BDG. bestätigt und bekräftigt. Nichts lag also näher, als das Abstimmungsergebnis auszuwerten, d. h. durch neue Verhandlungen auch die 2 Pf. Kürzung noch zu beseitigen. Aber inzwischen war der Streik ausgebrochen.

#### Wirtschaftlicher oder politischer Streik?

Schon bei Aufnahme der Verhandlungen bei der BDG. trat eine gewisse Einheitsfront der Unorganisierten, Kommunisten und Nationalsozialisten in Erscheinung. Die Verbrüderung endigte schließlich in sogenannten Einheitsausschüssen. Zuletzt wurde noch ein aus Kommunisten und Nationalsozialisten bestehender Zentraler Kampfausschuß gebildet, der den Streik sofort nach der Urabstimmung beginnen sollte.

Interessant an diesen Ereignissen bleibt zunächst die kommunistisch-nationalsozialistische Einheitsfront mit gemeinsamer Richtung gegen freie Gewerkschaften und SPD. Ihr Zweck erfährt eine scharfe Belichtung, wenn man den Aufruf der NSBO. liest, worin zuerst der Streik anerkannt wird, um dann fortzufahren:

„Das dürfte nicht der Schluß, sondern wahrscheinlich der Anfang zu größeren Streikaktionen in nächster Zeit sein.“

Die „Rote Fahne“ vom 3. November schreibt ähnlich:

„Der Streik richtet sich formell gegen einen Lohnabbau von 2 Pf. ... aber es geht um mehr als das...“

Niemand wird nach diesen offeneren Verlautbarungen noch Zweifel hegen können, daß Nazis und Kozis das Feuerchen anzufachen, um daran ihr Parteiisüppchen kochen zu können, wenige Tage vor der Reichstagswahl um so willkommener.

Als deshalb das Ergebnis der Urabstimmung vorlag, trat die kommunistisch-nationalsozialistische Einheitsfront in Aktion.

#### Die Stilllegung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft.

Eine zentrale Streikleitung und Streikausschüsse auf den Betriebsbahnhöfen legten die Betriebe in der Frühe des 3. November mit Hilfe von Massentreibposten und Betriebsfremden in der Uniform der SA. und KGO. still, d. h. sie verhinderten mit Gewalt- und Sabotageakten die Ausfahrt der Wagen. Unsere Verbandsmitglieder und Funktionäre waren in den obengenannten Streikkörperchaften nicht vertreten.

Wie die Stilllegung vor sich ging, hat die Tagespresse eingehend geschildert. Schüsse und Steinwürfe auf Wagen und Personal wechselten mit Beschimpfungen und Ueberfällen. Die „aufbauwilligen Kräfte“ Papens kamen immer wieder in Konflikt mit der Polizei, welche mit Gummiknüttel und Pistole vorging. Es gab Tote und Verletzte. Deshalb gaben wir unseren Mitgliedern die Anweisung, den Betriebsbahnhöfen fern zu bleiben.

#### Die Folgen für die Lohnbewegung.

Die Stilllegung des Betriebes veranlaßte die BDG., die Vertreter des Gesamt-Verbandes am 3. November mittags zu Verhandlungen einzuladen. Sie verlangte dabei, das Lohnabkommen mit Kürzung der Stundenlohn um 2 Pf. zu unterschreiben. Das wurde von uns abgelehnt und gefordert, die Löhne unverändert zu verlängern. Gleichzeitig beantragten wir, den Manteltarif auf ein weiteres Jahr abzuschließen.

Dem trat die BDG. wieder entgegen, so daß die Verhandlungen ergebnislos blieben. Die BDG. tat ein übriges: sie strengte das Schlichtungsverfahren an. Noch am gleichen Tage berief der Schlichtungsausschuß Berlin die Parteien zur Sitzung. Das ist der einzige Erfolg, richtiger Mißerfolg, der Nazi-Kozi-Taktik. Die Lohnverhandlungen wurden in den Bereich der behördlichen Zwangsschlichtung getrieben. Ob wir wollten oder nicht, der Schlichtungsausschuß hätte ohne unsere Teilnahme, dazu ist er rechtlich in der Lage, einen Schiedspruch gefällt. Unser Fernbleiben wäre um so gefährlicher geworden, als die BDG. im Schlichtungsausschuß wieder eine weit höhere notverordnungs-gemäße Lohnsenkung forderte als 2 Pf. Hinzu kommt, daß der Schlichtungsausschuß Bindungen an die Notverordnung nicht ohne weiteres abstreifen kann. Wir nahmen deshalb den Termin wahr. Wenn der Schiedspruch dann doch die Lohnkürzung um 2 Pf. vorschah, so bleibt es das Verdienst des Gesamt-Verbandes, eine höhere Lohnsenkung nach schweren Auseinandersetzungen verhindert zu haben. — Der Schiedspruch lautet:

1. Manteltarifvertrag. Der bisherige Manteltarifvertrag wird bis zum 31. März 1933 verlängert.

Der Vertrag verlängert sich um jeweils 1 Jahr, wenn er nicht 6 Wochen vor Ablauf mittels schriftlicher Erklärung gekündigt wird.

2. Lohnabkommen. Das bisherige Lohnabkommen wird verlängert mit der Maßgabe, daß die Löhne sämtlicher Gruppen mit Ausnahme der Fahrartenausgeberinnen um 2 Pf. je Stunde gekürzt werden, und zwar für das Verkehrspersonal ab 1. November 1932, für die Handwerker und Arbeiter ab 28. Oktober 1932, für die Belegschaft der Hauptwerkstätten, soweit die Lohnwoche die Kalenderwoche ist, ab 31. Oktober 1932. Das Lohnabkommen ist mit monatlicher Frist zum Schluß des Monats kündbar. Der Vorsitzende gez. Körner.

Der Schiedspruch wurde von uns wegen der neuerlichen Lohnsenkung sofort abgelehnt. Ebenso prompt beantragte die BDG. dessen Verbindlichkeit. Die Verhandlungen deswegen waren auf 9 Uhr abends vom Schlichter festgesetzt worden. Noch einmal versuchten die Gewerkschaften den Lohnabbau abzuwehren. Vergebens. Der Schiedspruch wurde verbindlich erklärt.

#### Ultimatum.

Die Verbindlichkeitserklärung stempelte den Schiedspruch zum Zwangstarif zwischen den Parteien. Der BDG. bot sich die Rechtsbasis, ein Ultimatum zu stellen: Wiederaufnahme der Arbeit am 4. November, 2 Uhr nachmittags oder Entlassung.

#### Stellungnahme unserer Funktionäre.

Der Gesamt-Verband unterrichtete seine und die freigewerkschaftlichen Funktionäre aller Dienststellen in einer Konferenz im Gewerkschaftshaus. Kollege Schaum berichtete über die Ereignisse des Vortages und hob hervor, daß der Streik kein gewerkschaftlicher sei, sondern eine Aktion mit politischen Hintergründen.

Gleichwohl könne nicht übersehen werden, daß der nicht scharf genug zu tadelnde Lohnabbauwille der BDG. hochgradig schuldig wäre an der Stilllegung des Betriebes. Die BDG. und ihre deutschen nationalen Direktoren wollten die neue sozialistische Aera demonstrieren. Nicht geringere Schuld trage aber auch die kommunistisch-nationalsozialistische Streikleitung, die durch ihre überstürzten Maßnahmen die Lohnbewegung in das amtliche Schlichtungsverfahren zwang. Die Arbeit müsse fortgesetzt werden, wobei allerdings niemand uns zumuten könne, das zu tun, solange unsere Kollegen durch Terror und Gewaltsakte bedroht würden. Diese Darlegungen fanden vollste Zustimmung unserer Funktionäre. Ein spontan eingereicherter Antrag, dem Gesamt-Verband, den freien Gewerkschaften und ihren Verhandlern das Vertrauen auszusprechen, wurde mit allen Stimmen (400) gegen 3 gebilligt. Die einheitliche Auffassung zwischen Verbandsleitung und Funktionären beweist, daß alle Angriffe gegen unser Verhalten unberechtigt waren und sind.

#### Und die Zentralstreikleitung?

Die Zentralleitung wählte eine Verhandlungskommission, bestehend aus fünf Vertretern. Diese trugen am 1. Streiktag der BDG. ihre Forderungen vor: Bezahlung der Streiktage, keine Lohnsenkung, Freilassung der Verhafteten usw.

Auf weitere Verhandlungen ließ sich die BDG. nicht ein. Sie notierte lediglich noch die Namen der Streikführer. Am 2. Streiktag aber, nachdem der Schiedspruch verbindlich erklärt war und die Streikleitung die Parole herausgab, weiter zu feiern, erfolgten Verhaftung der Streikleitung und der Streikposten sowie andere polizeiliche Maßnahmen, die auch wir nicht gutheißen.

Schließlich machte die BDG. ihre Drohung wahr und schritt zu Entlassungen. Zur Stunde soll die Zahl 1000 bereits erreicht sein. Lohnausfall, Entlassungen, Verhaftungen, schwere Bestrafungen sind das Ergebnis einer unfähigen Bewegung, inszeniert von skrupel- und verantwortungslosen Wahlmännern. Dabei liegt die Gefahr weiterer Entlassungen vor, nachdem jedem Eingeweihten bekannt ist, daß die BDG. immer noch behauptet, überzähliges Personal zu besitzen. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt der BDG. eine äußerlich gerechtfertigte Handhabe zum Personalabbau zu bieten, grenzt an Irrsinn. Aber was fragen die politischen Drahtzieher im KPD.- und Nazilager nach Menschenwürden. Sie lassen die verkehrten und mißbrauchten Anhänger schuldig werden und überlassen sie dann ihrer Pein. Wenn dabei nur das Parteiisüppchen hocht.

#### Lehre und Aussicht.

Die Berliner unorganisierten Straßenbahner haben eine böse Lehre erhalten. Vielleicht genügt sie endlich, um Einsicht und Organisationsbereitschaft wachzurufen. Eine gewerkschaftlich gut organisierte Berliner Straßenbahnerschaft, wer könnte ihr widerstehen? Sie braucht dann gar nicht zu streiken, um schon Erfolge zu erzielen. Sie kann aber streiken, wenn es notwendig wird.

## Kommunale Wirtschaftspolitik

Seit vielen Jahren, insbesondere seit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise, ist von interessierten Unternehmervereinigungen, aber auch von den Mittelstandsgruppen, eine systematische Hege gegen die kommunale Wirtschaftspolitik geführt worden. Mit dem 20. Juli 1932 war allerdings die Hoffnung all dieser mehr oder minder reaktionär eingestellten Interessentenströmungen auf den „großen Umsturz“ gerichtet, über die Papen-Regierung zum autoritären Staat der Vorkriegszeit. Noch läßt sich nicht ganz übersehen — trotz des Urteils des Leipziger Staatsgerichtshofs —, wieweit die Eingriffsmaßnahmen in Preußen zurückgenommen werden. Aber soviel ist doch schon klar zu erkennen, daß mit dem Ausgang der neuen Reichstagswahlen die Reaktion nicht unbearbeitet im Vormarsch geblieben ist. Jedenfalls wird bei einem Stillstand der reaktionären Pläne für alle Interessentengruppen wieder die Frage in höherem Maße aktuell: Wenn man nicht über den Weg des Staatsstreichs und der gewaltigen Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden zum Ziele der Lahmlegung der kommunalen Wirtschaft kommt, so muß die Hegekampagne dagegen neu aufgenommen werden. Wir müssen uns also einstellen auf einen Krieg auf lange Sicht.

So gesehen ist das Buch von Dr. Dr. Ernst Falk („Kommunale Wirtschaftspolitik“, Verlag Junker und Dünnhaupt, Berlin-Steglitz, Wilseder Str. 20, Preis brosch. Mk. 16.) ein überaus wichtiger Faktor in diesem Kampf; denn das Heidelberger Institut für Sozial- und Staatswissenschaften hat mit der Herausgabe dieses Werkes versucht, für die Gegenwart eine Ueber-sicht zu gewinnen über die kommunale Wirtschaft. Das Buch setzt ein mit einer kurzen Schilderung des Aufblühens und des Zusammenbruchs der Selbstverwaltung nach dem Währungsverfall (1923). In der Tat ist in der Zeit von 1924 bis 1929 Außerordentliches geleistet worden. Aber mit dem Anwachsen der Arbeitslosen-zahl, die die staatliche Versicherung nicht mehr erfaßt (also der Wohlfahrt überwiesen wurde), kam der jähe Umschwung in den Finanzen. Es mußte auf jedem Gebiet eingeschränkt und gespart werden, wozu nicht nur die staatlichen und Reichsnotverordnungen beitrugen, die die Beamtengehälter ungeheuerlich kürzten, sondern auch jene Notverordnung, die den Gemeindearbeitern den Lohn rebuzieren sollte auf den schon erheblich herab-gesetzten der Reichsarbeiter. Dieses Kapitel, was allen unseren Lesern geläufig ist, unterscheidet sich aber nicht wesentlich von all den übrigen finanziellen Fragen. Die Notverordnungen haben sich derart ausgewirkt, daß von einer Selbstverwaltung nur noch in ganz beschränktem Maße die Rede sein kann. Das Steuer-wesen in fast allen seinen Variationen wurde von Staat und Reich mit Beschlag belegt. So ist es dahin gekommen, wie der Ver-fasser dieses Buches Dr. Dr. Ernst Falk mit Recht betont: „Die Selbstverwaltung, anscheinend unverlierbares Erbe aus bester Tradition, eine der wichtigsten Grundlagen des deutschen Auf-stiegs im 19. Jahrhundert, ist bis in ihren innersten Kern aus-gehöhlt.“

Im zweiten Kapitel des Buches wird der Umfang der kom-munalen Wirtschaft im einzelnen bis Ende 1929 dargestellt. Bei den städtischen Wasserwerken entfallen fast 95 Proz. auf kommunale, 4 Proz. auf private und 1,2 Proz. auf gemischtwirt-schaftliche Wasserwerke. Dieses Gebiet ist verhältnismäßig am wenigsten umstritten. Von den 1200 Gaswerken in Deutsch-land waren 1929 81 Proz. rein kommunale, 7 Proz. gemischtwirt-schaftliche und 12 Proz. private. Auch hier ist also die Situation klar und eindeutig entschieden, und auch die Gasfernver-sorgung hat trotz ungeheurer Bemühungen und reger Propa-ganda daran nichts Entscheidendes ändern können. Etwas um-strittener liegen die Dinge in der Elektrizitätswirt-schaft, in der Reich, Staat und Gemeinden vielfach ineinander-greifen. Nimmt man die gemischtwirtschaftlichen Betriebe, soweit die Mehrzahl der Aktien sich in öffentlicher Hand befindet, hinzu, so ist auch hier ein starkes Ueberwiegen der öffentlichen Elektri-zitätswerke unerkennbar. Auch hier wird das Geschrei der Interessenten an der Zweckmäßigkeit und dem Sieg der öffent-lichen Wirtschaft nichts ändern können, selbst wenn die politischen Verhältnisse sich noch reaktionärer gestalten sollten, als das schon gegenwärtig der Fall ist.

Sehr zersplittert ist leider noch immer das deutsche Der-kehrswesen. Neben Reichsbahn und Reichspost sowie den Verkehrsbetrieben der Länder haben die Gemeinden in der Nach-kriegszeit in der Tat erheblich an Zuwachs gewonnen, jedoch ist die Zersplitterung der deutschen Straßen- und Kleinbahnen noch

sehr groß. Nach einer Erhebung des Deutschen Städtetages von 1926 waren 110 Betriebe kommunale und 33 private, dazu 149 mit je 50 Proz. öffentlich-rechtlicher und privater Kapitalbeteiligung, die natürlich in der Hauptsache auch nach Grundsätzen der öffent-lichen Betriebe behandelt werden. Es sind immerhin fast drei Viertel aller Straßenbahnbetriebe in öffentlicher Hand. Die Gegner der öffentlichen Wirtschaft mögen sich nun drehen und wenden wie sie wollen, sie werden an diesen Tatsachen nicht vorbeikommen, und in der Tat hat sich ihr Kampf auch mehr auf jene Gebiete heben, die zur Zeit noch etwas mehr umstritten sind und zum Teil auch aus der Notlage erwachsen, weitere Mit-tel für die kommunale Wohlfahrt herauszuwirt-schaften.

In einem besonderen Kapitel kommt der Verfasser auch auf die kommunale Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu sprechen. Der Verfasser teilt etwa den Standpunkt des Städtetages, daß durch die Notverordnungen Gehälter und Löhne uner-hört herabgesetzt worden sind, und daß auch die Altersversorgung nicht ein Ergebnis „sozialer Sentimentalität“ oder „politischer Machtkämpfe“ war. Selbstverständlich gelten auch für die öffent-lichen Betriebe die Gesetze rationaler Wirtschaft, insbesondere auch für die kommunalen Betriebe. Es ist eben die „wirtschaftlich rich-tige Einstellung auf etwas weitere Sicht, wenn die Gemeinden bei der Aufgabe, sich für ihre lebenswichtigen Betriebe einen ver-läßlichen und auch in schwierigen Verhältnissen durchhaltenden Arbeiterstamm zu erhalten, auch die Sicherstellung ihrer Arbeiter für das Alter anstreben.“ Was es mit dieser Sicherstellung auf sich hat, wissen unsere Kollegen ganz genau, besonders von den letzten Jahren der Arbeiterentlassungen, der Kurzarbeit usw.

Ganz allgemein gesehen ist natürlich zu betonen, daß unsere Großorganisation, die in fast allen Gemeindebetrieben weit über drei Viertel der Belegschaft umfaßt, ihren Einfluß selbst in dieser schweren Zeit erheblich zur Geltung bringen konnte.

Wir können uns leider nicht mit der Ausführlichkeit, wie es wünschenswert wäre, mit den einzelnen Kapiteln des inter-essanten Werkes beschäftigen, in dem selbst der Sklarek-Skandal auf etwa 25 Seiten eine ausgiebige und, wie uns scheinen will, recht objektive Würdigung erfährt. Wir beschränken uns deshalb auf die interessanten Schlußkapitel über die kommunale Neugliederung und die knappe Darstellung der Notverordnungen in ihrer Auswirkung für die Gemeinden. Der Ver-fasser kommt zu dem Ergebnis, daß die Privatwirtschaft mit ihren Kapitalfehlleitungen wahrlich kein Recht hat, der öffentlichen Wirtschaft ihre Fehler vorzuwerfen, zumal diese Privatwirtschaft sich bereits mit einem bürokratischen Apparat umgeben hat, dessen Ausmaß und Kosten sehr wohl mit dem Apparat der öffent-lichen Wirtschaft verglichen werden können. Im übrigen haben die Erfahrungen, die man 1931 mit anderen europäischen und außer-europäischen Ländern gemacht hat, bewiesen, daß die deutsche Krise und die Not der Kommunen im besonderen nicht aus einer „deut-schen Mißwirtschaft“ herrühren. „Es ist nicht die Republik, nicht die Demokratie, nicht einmal die deutsche Vielstaaterei, auch nicht der (echte oder unechte) „Marxismus“, die das deutsche Volk in die Krise geführt haben.“ In England wie in Amerika machen sich die Folgen der Wirtschaftskrise fast in noch schlimmerer Weise in den Gemeinden bemerkbar als bei uns. Der Verfasser hofft, daß bei besseren Zeiten und mit der Aufhebung der Repara-tionskosten das Schicksal der kommunalen Selbstverwaltung eben-falls eine wesentliche Besserung erreichen wird.

Inzwischen ist nun von der Reichsregierung endlich ein Hil-fe für die Gemeinden zugelagt, worüber wir an anderer Stelle berichten. Danach soll die Novemberzahlung aus dem Wohlfahrts-erwerbslosenfonds um 5 Millionen (auf 65 Millionen Mark) er-höhrt werden. Ferner werden für die folgenden fünf Monate weitere 50 Millionen Mark aus den Ueberflüssen der Arbeitslosenversiche-rung an die Gemeindefürsorge abgeführt werden. Endlich erfolgt eine Sperre dergehalt, daß die Krisenfürsorge bis 31. März 1933 weitergezahlt wird, also keine Ueberweisung an die Wohlfahrt er-folgt. Auch der Schlüssel über die Verteilung soll verbessert werden. All dies vermag aber vorerst nicht entscheidende Hilfe zu bringen.

Dem Buch ist ein interessantes und ausführliches Schriften-verzeichnis zur kommunalen Wirtschaftspolitik beigelegt. Es kann für unsere Bibliotheken ganz besonders empfohlen werden.

## Der Abschluß der Berliner Kraft- und Licht-AG.

Die Berliner Kraft- und Licht-AG., die Holdinggesellschaft der Bewag, legt soeben den Bericht für ihr 2. Geschäftsjahr (1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932) vor. Es handelt sich hier um das erste volle Geschäftsjahr, da die erste Bilanz nur für ein kurzes Zwischengeschäftsjahr vom 19. Mai bis 30. Juni 1931 galt. Die BKL hat bekanntlich ein Aktienkapital von 240 Millionen Mark, das in 160 Millionen Mark A-Aktien mit einfachem Stimmrecht und 80 Millionen Mark B-Aktien mit doppeltem Stimmrecht zerfällt. Die Stadt Berlin besitzt davon 38 Millionen Mark B-Aktien und 4 Millionen Mark A-Aktien. Sie verfügt mithin über ein Stimmrecht von zusammen 80 Millionen Mark, d. h. über genau ein Viertel der Gesamtstimmen. Die restlichen 42 Millionen Mark B-Aktien liegen zu gleichen Teilen in den Händen der Elektrowerke AG. und der Preussischen Elektrizitäts-AG. Die A-Aktien sind mit Ausnahme der 4 Millionen Mark, die die Stadt Berlin besitzt, in den Händen privater Banken und Finanzgesellschaften. Sie werden an der Börse gehandelt.

Da die BKL keine Produktionsgesellschaft, sondern lediglich ein Finanzunternehmen ist, hat sie auch keine eigenen Einnahmen aus Stromlieferungen usw. aufzuweisen. Auf der Einnahmeseite erscheinen vielmehr lediglich die Ablieferungen der Bewag an die BKL. Die Bewag hat in ihrem vergangenen Geschäftsjahr (1. Januar bis 31. Dezember 1931) einen Ueberschuß von 51,6 Millionen Mark erzielt, der restlos an die BKL. abgeführt wird. Hinzu kommt die Pachtabgabe der Bewag in Höhe von 13,9 Millionen Mark, so daß die BKL. insgesamt eine Einnahme von 65,5 Millionen Mark erzielt hat. Hiervon ist an die Stadt Berlin auf Grund des Konzessionsvertrages eine Konzessionsabgabe von 22,4 Millionen Mark abzuführen. Von diesem Betrag gehen gemäß Konzessionsvertrag Steuern in Höhe von 1,7 Millionen Mark ab, so daß die Stadt Berlin endgültig 20,7 Millionen Mark erhält.

An Zinsenausgaben weist die Bilanz der BKL. 116 000 Mk. aus. Davon gingen rund 91 000 Mk. an die Stadt Berlin als Zinsen auch noch nicht bezahlte restliche Kaufpreisbeträge. An Steuern ist nur die Umsatzsteuer auf die Bewag-Umsätze mit 1,2 Millionen Mark eingeseht; die übrigen Steuern sind offenbar bei der Bewag verrechnet worden. Dem Abschreibungs- und Erneuerungsfonds sind 17,9 Millionen Mark überwiesen worden. Entnommen wurden der Abschreibungs- und Erneuerungsrücklage 2,1 Millionen Mark. Unter Berücksichtigung verschiedener weiterer Veränderungen der Rücklage beträgt diese 143 Millionen Mark. Auf Inventar und Fahrzeuge wurden 161 000 Mk. abgeschrieben,

so daß dieser Posten in der Bilanz nur mit einem Erinnerungsbetrag von 1 Mk. zu Buche steht. Einschließlich des Gewinnvortrages aus der letzten Bilanz ergibt sich somit ein Reingewinn von 26,6 Millionen Mark. Hiervon werden 1,3 Millionen Mark dem gesetzlichen Reservefonds überwiesen. Von dem Restbetrag erhalten sowohl die A-Aktien als auch die im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen B-Aktien eine Dividende von wieder 10 Proz. Auf neue Rechnung wird ein Betrag von 1,2 Millionen Mark vorgetragen. — Die Stadt Berlin erhält somit:

Konzessionsabgabe	20,7 Millionen Mark
Dividende auf 4 Millionen Mark A-Aktien	0,4 Millionen Mark
Dividende auf 38 Millionen Mark B-Aktien	3,8 Millionen Mark
Zusammen	24,9 Millionen Mark

Der Wert der im Eigentum der BKL. befindlichen Betriebsanlagen hat sich von 612 auf 628 Millionen Mark erhöht. Dieser Zuwachs bei den Betriebsanlagen geht hauptsächlich auf einen Zugang von 16,4 Millionen Mark bei dem Posten „Kraftwerke“ zurück, der im wesentlichen auf die endgültige Fertigstellung des Kraftwerks West zurückzuführen ist. Dieses Werk ist jetzt mit einer installierten Maschinenleistung von 224 000 Kilowatt betriebsbereit. Die Gesamtleistungsfähigkeit der im Eigentum der BKL. befindlichen Kraftwerke hat sich von 700 000 auf 795 000 Kilowatt erhöht. Diese Kapazität wird natürlich gegenwärtig bei weitem nicht voll ausgenutzt.

Beachtlich ist der Rückgang der Gläubigerforderungen von 32,7 Millionen auf 5,7 Millionen Mark, der im wesentlichen auf die Zahlung des Restkaufpreises an die Stadt Berlin zurückzuführen ist. Die Anleiheverpflichtung gegenüber der Bewag hat sich infolge der von der Bewag ausgeführten Bauten von 272,9 auf 289 Millionen Mark erhöht.

Die Geschäftsentwicklung der BKL. ist ganz eng verknüpft mit der Entwicklung der Bewag. Der Stromverkauf der Bewag im vergangenen Geschäftsjahr 1931 war mit 1,2 Milliarden Kilowattstunden um etwa 6 Proz. gegenüber dem vorhergehenden Jahre zurückgegangen. In den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1932 hat die Bewag rund 625,6 Millionen Kilowattstunden verkauft, und das bedeutet einen Rückgang von 12,1 Proz. gegenüber dem entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres. Dieser Verbrauchsrückgang liegt aber noch über der für die deutschen Elektrizitätswerke geltenden Durchschnittsziffer, die vom Statistischen Reichsam mit 13,4 Proz. für den gleichen Zeitabschnitt angegeben wird. Der Geschäftsbericht weist darauf hin, daß die Bewag sich bemüht habe, dem Rückgang des Stromabsatzes durch eine

## Fliegen und — schauen

I.

Lieber Leser! Nachdem du das fünfte Attentat auf deine Wahl-eifrigkeit überwunden hast, darf man dir wohl einmal an dieser Stelle mit etwas anderen Dingen kommen, als mit der leidigen Tagespolitik. Du hast gewählt, und die wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser Wahl ruhen noch im Zeitenschoße. Mir ahnt (vielleicht auch dir), daß dein Wählerdasein bald wieder neu aufleben dürfte!

Aber ich wollte dir einiges erzählen von einem Flug-erlebnis aus den jüngsten Tagen. Die Gewerkschaftsredakteure haben nämlich vor einiger Zeit — 34 an der Zahl — einen Flug mit D. 2500 in Berlin gemacht. In kaum 20 Minuten überflogen sie in verschiedenen Schleifen einen Aktionsradius von fast 50 Kilometer, wohl gemerkt alle 34 Personen und dazu 7 Mann der ständigen Besatzung gleichzeitig in einem Flugzeug. Ja, man kann sogar sagen, daß die mehr denn 40 Menschen auf diesem Flugzeug des Junkers-Typs G. 38 reichlich bequem untergebracht waren. Sie saßen an weiß gedeckten Tischen, und bei den regulären Flügen nach London, die das Flugzeug D. 2500 (abwechslend mit D. 2000) während des ganzen Sommers gemacht hat, stand sogar ein Kellner zur Bedienung der Gäste zur Verfügung.

Was sieht man nun bei einem solchen Kurzflug über Berlin? O, lieber Leser, es ist halt so wie beim Reisen oder auch bei einem Aufenthalt des „Provinzlers“ in der Großstadt. Mancher durchreißt drei Weltteile und hat wenig gesehen, weil er sich nicht freimachen konnte von seinen üblichen Vorstellungen und Gepflogenheiten. Wenn er nach London kommt, fehlt ihm das

deutsche Bier und das schmackhafte Essen. Kommt er nach Paris, so fehlen ihm zu dem noch so leckeren Mahl die Kartoffeln; er würde am liebsten in dem Restaurant des Eiseturms seinen Berliner Skat klopfen, und die Kleidung der französischen Arbeiter ist ihm sicher „nicht fein“ genug!

Mancher kommt aus einer Kleinstadt nach Berlin und empfindet den riesigen Verkehr der Großstadt „gräßlich“, die Luft „verpestet“, und die „dahinjagende Menschenmasse“ hält er für „nicht ganz normal“. Fährt er gar einmal mit einem Flugzeug, so stellt er vielleicht fest, daß das Summen des Motors „zu laut“ ist und im übrigen auf dem Luftschiff oder einem Flugzeug alles „ganz normal“ zugeht.

Dieser „normale Erdenbürger“ ist ziemlich zahlreich auf unserer lieben Erde vertreten, und wenn du ihm einmal begegnest, so . . . flüchte!

Aber was siehst und erlebst du, wenn du mit dem Riesenflugzeug, wenn auch nur kurze Zeit, in 300 bis 500 Meter Höhe dahinjaußt? Ach, die Eindrücke sind so gewaltig und mannigfaltig, daß du dich zuerst sammeln, eine gewisse leichte Unruhe überwinden mußt, um überhaupt etwas zu sehen. Ich sitze ganz vorn in dem kleinen Beobachtungsraum, unmittelbar hinter einem der vier großen Propeller. Zwar hat man mich fürsorglich festgeschnallt; aber bald merke ich, daß es höchst überflüssig ist, weil die Fortbewegung ganz gleichmäßig und ohne jedweden Ruck oder Schwankung vor sich geht. Unmittelbar zu meinen Füßen ist der Boden aus Glas, wie auch vor mir und über mir alles aus Glas ist. Trotz des etwas trüben Oktobertages sehe ich also zu meinen Füßen die Ebene des Flugplatzes, dann einen bunten Wald, den ich als „Dolkspark Neukölln“ erkenne. Weiter gehts, hinein ins steinerne Meer der Großstadt. Jetzt sind wir schon bald am

entsprechende Ausgestaltung ihrer Tarife entgegenzuwirken. Insbesondere ist ein gestaffelter Grundgebührentarif für Kleingewerbetriebsanlagen eingeführt worden, dessen letzte Staffel bis zu 10 Pf. je Kilowattstunde hinuntergeht. Der Nachtstromtarif für Speichierzwecke wurde auf 5 und 4 Pf. je Kilowattstunde herabgesetzt. Neben anderen Spezialtarifen wurde ein Tarif für Wärmezwecke in Haushaltungen (Kochstrom) eingeführt, nach dem die elektrische Arbeit für 8 Pf. je Kilowattstunde abgegeben wird.

Bei einer kritischen Betrachtung des BKK.-Abschlusses fällt die Tatsache auf, daß die Gesellschaft trotz schlechter Ausnutzung ihrer Anlagen und trotz erheblichen Rückganges des Stromverbrauchs in der Lage ist, neben der vertragsmäßigen Konzessionsabgabe eine Dividende von 10 Proz. auf sämtliche Aktien auszuschütten. Die BKK. steht damit unter den anderen großen deutschen Stromversorgungsunternehmen nahezu einzig da. Dieser scheinbare Widerspruch dürfte sich jedoch dahin aufklären, daß die genannten Umstände schon bei der Gründung der BKK. berücksichtigt worden sind. Man hat die Absatzkrumpfung und den übersteigerten Anlagenausbau bei der Bewertung der Anlagen und der Bemessung des Aktienkapitals mit einkalkuliert, d. h. man hat gewissermaßen einen erheblichen Teil der Anlagewerte bei der Gründung von vornherein abgeschrieben. So kommt es wohl auch, daß der Vorstand der BKK. auch für das neue Geschäftsjahr verhältnismäßig optimistisch ist und mit einem „normalen Ergebnis“ rechnet, unter der Voraussetzung, daß keine unerwarteten Ereignisse eintreten.

Im November 1931 hatte der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über die Gründung einer Elektrizitätsunion vorgelegt, die aber nach wenigen Tagen wieder zurückgezogen wurde. Diese Vorlage geht nun der Stadtverordnetenversammlung erneut zu.

Bei der Gründung der Elektrizitätsunion handelt es sich im wesentlichen um die Schaffung einer gemeinsamen Interessenvertretung der an der BKK. beteiligten öffentlichen Körperschaften, nämlich der Berliner Kraft- und Licht-AG., der Reichselektrowerke und der Preußen-Elektra. Zwischen diesen drei Beteiligten ist anlässlich der Gründung der BKK. am 9. Mai 1931 ein Konsortialvertrag abgeschlossen worden, der genaue Bestimmungen über die etwaige Veräußerung der B-Aktien an Dritte, über die Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern und über die Ausübung des Stimmrechts in der Generalversammlung bei gewissen Punkten (z. B. Erhöhung der Strompreise) trifft. Es soll nunmehr ein Organ geschaffen werden, das die drei Konsortien zusammenfaßt, um hierdurch eine noch wirksamere gemeinschaftliche Wahrnehmung der Interessen der öffentlichen Hand zu erreichen. Dieses Organ ist die geplante Elektrizitätsunion. Es ist geplant, diese in Form einer G. m. b. H. aufzuziehen, an der die drei Konsortien im Verhältnis ihres Besitzes an B-Aktien beteiligt sind. J. Orlopp.

## REICHS- UND STAATSARBEITER

### Sitzung des Hauptbetriebsrats im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 18. und 19. Oktober 1932

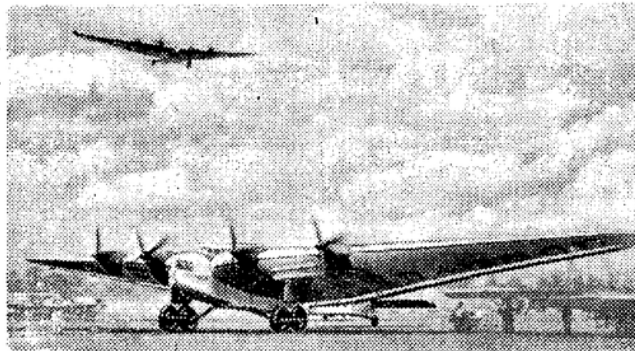
Aus dem umfangreichen Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß der Geschäftsführende Ausschuß sich auch in zurückliegender Zeit mit vielen Beschwerden aus den Tarifverträgen zu beschäftigen hatte und deren Erledigung fast restlos zur Zufriedenheit der Beschwerdeführer erfolgte. Des weiteren bildeten die auf Grund der Sparmaßnahmen zur Entlassung Bekommenen und deren Unterbringung ein besonders schwieriges Problem für den Geschäftsführenden Ausschuß.

Aus der Tagesordnung ist besonders zu erwähnen, daß die Schaffung einer Musterdienst- und -arbeitsordnung, die als Grundlage für die örtlichen Verhältnisse dienen soll, allseitig als zwingend notwendig anerkannt wurde. Man kann und wird auch in Kollegenkreisen vielfach geteilter Meinung über die Notwendigkeit einer Arbeitsordnung sein. Im Hauptbetriebsrat herrschte nach reiflichen Erwägungen Einstimmigkeit darüber, daß es gerade für die Universitätskliniken dringend erforderlich ist, auf diesem Gebiet zur Stärkung der örtlichen Betriebsvertretungen etwas zu tun, damit die Beschäftigten nicht schutzlos der Willkür von einzelnen Vorgesetzten und auch manchmal Nichtvorgesetzten ausgeliefert sind. Um von vornherein dem Widerstand der einzelnen Universitätskuratoren und Klinikverwaltungen zu begegnen, ist das Einverständnis des Ministeriums zu der Musterarbeitsordnung herbeizuführen und auf ihre Durchführung zu dringen.

Auch die Wohnungsverhältnisse für das in der Anstalt wohnende Personal gaben Veranlassung, das Ministerium darauf hinzuweisen, für die Instandsetzung der Wohnungen auch die notwendigen Mittel bereitzustellen. Besonders bei den Werkswohnungen werden, trotzdem die Beiträge für Schönheitsreparaturen seitens der Mieter schon jahrelang an die Verwaltung gezahlt werden, keine Renovierungen durchgeführt. Hier dürfte es wohl nicht am Mangel von Mitteln liegen, sondern vielfach am guten Willen.

Bei der Frage der Einstellung von Personen wurde das Verhalten des Universitätskurators in Greifswald scharf gezeigelt. Nicht nur, daß Schwestern in sogenannten Familienzeitschriften gesucht werden und dem Staat durch Annoncen unnötige Kosten entstehen, lehnt man auch die Wiedereinstellung der durch die Sparmaßnahmen erwerbslos gewordenen ehemals in den Kliniken Beschäftigten ab. Dafür sind Neueinstellungen vorgenommen worden, die den Bestimmungen des PCT. nicht

Görlitzer Bahnhof. Unter uns die schaurig tiefen Höfe der Mietskasernen mit drei bis vier Hinterhäusern und entsprechenden „Seitenflügeln“. Ach, wie sozial lehrreich ist doch so ein Flug! Man sieht deutlich, wie rücksichtslos in der Vorkriegszeit durch die hemmungslose Ausnutzung der Grundstücke gebaut wurde. Furchtbares Wohnungselend und seine Folgeerscheinung waren das Resultat. Weder hinreichend Licht noch Luft kommen in diesen schwarzen Schlund, und selbst nachdem wir unseren Flugbogen von der Jerusalemer Kirche über die Ritterstraße mit den zahlreichen Fabrikhöfen nach dem Südwesten ablenken, sehen wir zwar Bäume in den dunklen Schluchten der „Gartenhäuser“, aber im Grunde ist auch in Schöneberg, Steglitz und Friedenau noch das alte Bauprogramm vorherrschend. Eine Ausnahme machen nur — die ehemaligen Kasernen! Am Tempelhofer Feld, in Schöneberg, überall, wo sie auftauchen, sieht man das weite Häuserkarree als Randbebauung, in der Mitte aber benötigte man ja den — Czeryierplatz, und nur darum wurden diese Randbauten ausgeführt. Sie waren in mancher Beziehung das Muster für den Aufbau der Neubauwohnungen in der Nachkriegszeit im „neuen System“. Mögen die Papen-Leute mit noch so heißem Bemühen uns „die guten, alten Zeiten“ wieder vorzaubern wollen, es kann nicht gelingen! Wie anders sind doch diese



neuen Randbebauungen mit zwei bis drei Stockwerken in Neutempelhof und den übrigen Außenbezirken! Man sieht überall dazwischen Schrebergärten, Kinderspielplätze und großartige Sport- und Parkanlagen. Von dort leuchtet das herblich bunte Laub freundlich zu uns herauf und läßt klar erkennen, daß hier eine neue Welt im Entstehen begriffen ist, die freilich von den arbeitenden Massen wegen der viel zu teuren Mieten noch viel zu wenig in Anspruch genommen werden kann. Dieser Bauweise gehört aber unbedingt die Zukunft für alle Erdenbürger! — Eine weitere Schleife unseres gewaltigen Flugungeheuers hat uns fast bis zum Mittelpunkt von Berlin geführt. Wir erkennen die schinkelischen Bauten am Gendarmenmarkt. Es gab also schon einmal eine Zeit, wo man großzügig zu bauen verstand. Hier ragen auch die großen Schmuckplätze heraus aus der großen Steinwüste. Im Südosten kommen wir fast an den Oranienplatz heran, auf dem man den imposanten Hochbau des neuen Konsumgebäudes leicht erkennt. Tief unten liegt das kleine Engelbecken in der schönen Parkanlage, und gleich dahinter ist ja auch unser Gesamt-Verband-Gehaus in seiner wuchtig massiven Gestalt. Ein neuer Flugbogen führt uns über den Anhalter Bahnhof mit seinen gewaltigen Ueberdachungen. Schade, daß wir nicht noch weiter dem Nordwesten zusteuern, um das Bild des Potsdamer

Rechnung tragen. Der Hauptbetriebsrat hat energisch die Einhaltung des Tarifvertrages verlangt, auch wenn er einzelnen Dienststellen nicht gefällt. Das Ministerium wurde ersucht, unverzüglich von dem Universitätskuratorium in Greifswald Bericht einzufordern und die Wiedereinstellung ehemals in Klinikbetrieben Beschäftigter vorzunehmen.

Auch die Verträge, die mit den Heizern der staatlichen Schulen abgeschlossen werden und im krassen Widerspruch zum P.L. stehen, wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Von dem Ministerium wurde verlangt, die im krassen Widerspruch stehenden Bestimmungen aus den Verträgen zu beiseitigen und eine zwingende Anordnung zur Durchführung des Tarifvertrages zu geben. Der Geschäftsführende Ausschuss wurde beauftragt, die besonders brennenden Fragen schnellstens mit dem Ministerium zu klären und zu regeln.

## Gemeinden und Kommunalverbände

**Schwache Hilfe den Gemeinden.** Die Reichsregierung hat sich endlich dazu entschlossen, der Notlage der Gemeinden durch einige Hilfsmaßnahmen Rechnung zu tragen.

1. Für den November wird die Zahlung aus dem Wohlfahrts-Erwerbslosenfonds gegenüber dem Oktober um 5 Millionen, d. h. auf 65 Mill. erhöht.
2. Für die Monate November 1932 bis März 1933 werden insgesamt 50 Millionen, also 10 Millionen monatlich, aus den Ueberprüffungen der Arbeitslosenversicherung für die gemeindliche Wohlfahrt verwendet.
3. Eine weitere Zunahme der Wohlfahrtsempfänger soll dadurch vorübergehend verhindert werden, daß in der Zeit vom 28. November bis zum 31. März Arbeitslose aus der Krisenfürsorge nicht mehr in die Wohlfahrtsfürsorge kommen, also während dieser Zeit in der Krisenfürsorge bleiben.
4. Der Schlüssel für die Verteilung der Wohlfahrtsbeihilfe des Reiches auf die Gemeinden wird den Wünschen der Gemeinden entsprechend verbessert.

**Braunschweig.** Die Hochburg der R.G.O. war bisher in den gemeindlichen Betrieben der Fuhrpark. Diesem steht ein sozialistischer Dezernent vor, der der Meinungsfreiheit seiner Arbeiter weitgehenden Spielraum läßt. Die R.G.O.-Betriebsräte als Todfeinde der Demokratie benötigen diese Gelegenheit nun aber nicht etwa, um für die Arbeiterschaft Vorteile zu schaffen. O nein! Sie wissen, daß sie das nicht nötig haben, weil ein sozialdemokratischer Stadtrat seinen Arbeitern im Betrieb ihr schweres Los nach Möglichkeit zu erleichtern, als Selbstverständlichkeit empfindet. Günstige Auslegungen der tariflichen Bestimmungen lösen bekanntlich bei der Belegschaft eine gewisse Zufriedenheit aus, die aber den R.G.O.-Leuten nicht in ihren Agitationsplan passen. Daher werden Anträge gestellt, die über die tariflichen Bindungen weit hinausgehen. Was hat sich aber nach R.G.O.-Logik ein sozialdemokratischer Dezernent um den Tarifvertrag zu

kümmern? Er hat nur die Wünsche der R.G.O. zu erfüllen, und wenn er das nicht tut, dann ist er ein Arbeitervertreter. Diese Politik brachte der R.G.O. einen Riesenerfolg, denn bei der Betriebsratswahl 1931 erreichte sie von insgesamt 80 Stimmen 65, die freigewerkschaftliche Liste nur 15 Stimmen. Aber schon nach kurzer Tätigkeit des sogenannten roten Betriebsrates merkten die Wähler, daß sie hereingefallen waren. Die übermütig gewordenen R.G.O.-Leute mimten nun das Beispiel vom „Elefanten im Porzellanladen“, und forderten die Belegschaft zu allerhand dummen Streichen auf. Die Folge war eine Abseignung des Betriebsrates durch das Arbeitsgericht. Es erfolgten Neuwahlen. Die R.G.O. zog mit Begeisterung in den neuen Kampf. Nach ihrer Meinung waren sie Opfer der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die verhindert habe, daß aus dem Fuhrpark ein Sowjetbetrieb wurde. Das Wahlergebnis von 1931, so meinten sie, würde dahin revidiert, daß das bisher einzige Gewerkschaftsmitglied noch hinausgewählt würde. Aber Wilhelm Busch sagte schon mit Recht: „Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.“ Die R.G.O. hatte sich wieder einmal gründlich geirrt, denn die freigewerkschaftliche Liste erhielt von fünf Mandaten zwei. Die R.G.O. hatte einen Verlust von 23 Stimmen. Der Siegesjubel war darüber recht gedämpft, und in dem kommunistischen Vereinsblättern konnte man lesen, daß die R.G.O. im Fuhrpark die absolute Mehrheit im Betriebsrat erhalten habe. Das Blatt zog es aber vor, einen Vergleich mit den Wahlen von 1931 zu unterlassen. Wir haben aber die Zuversicht, daß auch der restliche Teil der R.G.O.-Mitläufer bald zu der Einsicht gelangen wird, daß nur die einzige Interessenvertretung der Belegschaft ein Betriebsrat sein kann, der nur gemeinsam mit den freien Gewerkschaften die Belange der Arbeiterschaft wahrnimmt.

## LANDSTRASSENWARTER

**Der Druckfehlerteufel im Bunde mit den Gewerkschaftsfeinden.** R.G.O. und NSBO., reaktionäres Unternehmertum und sonstiges Gelichter hat sich verschworen, die Gewerkschaften entweder durch Aushöhlung oder durch brutale Gewalt zu vernichten. Zu diesen erklärten Gewerkschaftsfeinden hat sich nun auch noch der Druckfehlerteufel gestellt. Er hat in Nr. 44 „Gew.“ unsere gute Organisation der Landstraßenwärter in Mitteleuropa mit einem Schlage auf 25 Proz. der Beschäftigten bezimert. Zum Glück aber nur auf dem Papier. In Wirklichkeit denken unsere Kollegen gar nicht daran, fahnenflüchtig zu werden. Sie stehen noch immer zu fünf und neunzig Prozent aller Beschäftigten in unseren Reihen, wie wir zum schweren Aergers aller Gewerkschaftsfeinde hier ausdrücklich feststellen wollen.

Platzes, Tiergartens sowie unserer „Prachtstraße“ Unter den Linden von oben besonders aufzunehmen.

Mittlerweile stehen die Wolkenhänge ziemlich tief, und bald würde die Dämmerung ohnehin unsere Sicht erschweren. Also fügen wir uns den Dispositionen unseres Flugzeugkapitäns. Es geht in sanftem, kaum merklichen Gleitflug schnell abwärts, und ohne jeglichen Stoß landen wir wieder auf Mutter Erde, die sich (wie es uns schien) bei den Wendungen unseres Flugriesen manchmal etwas „quergestellt“ hat. Noch einmal sehen wir die großen Fabrikkomplexe, die Siedlungen und riesigen Mietkasernen in leichter Verzerrung als eine Art spukhafter Vorstellung an uns vorüberziehen.

\* \* \*

Und nun noch einiges über die technische Seite. Ein Vertreter der Luft-Hansa erläuterte in anschaulicher Weise die Wege und Ziele der deutschen Handels-Luftfahrt. Infolge seiner zentralen Lage erscheint Deutschland besonders günstig für die internationale Luftfahrt in Europa. Aber in der Nachkriegszeit war zunächst die Entwicklung der Handelsluftfahrt durch den Versailles-Friedensvertrag schwer gehemmt. Erst als 1926 auch größere Flugzeuge zum Bau freigegeben wurden, konnte das Flugwesen einheitlich in der Luft-Hansa A.-G. zusammengefaßt werden. Und während in Frankreich, Italien und England die Militärflieger mit Luftmanövern und Bombenabwürfen sich in der Hauptsache mit Kriegstechnik beschäftigten, konnten wir in friedlicher Wettbewerbsarbeit unsere Technik auf den Fracht- und Personenverkehr einrichten und entwickeln. Man kann wohl heute sagen, daß die deutschen Einrichtungen, insbesondere die beiden Junkers-Flugzeuge D. 2000 und D. 2500 die technischen Leistungen des Auslandes überragen. Der gesamte Luftverkehr hat trotz der

Weltwirtschaftskrise sich in den letzten Jahren weiter gut entwickelt, und wenn auch, wie das bei einem solchen Unternehmen begrifflich ist, eine gewisse staatliche Unterstützung erforderlich bleibt, so ist doch die wachsende Rentabilität unverkennbar. Im Herbst 1932 führte die Luft-Hansa auf 40 Strecken eine regelmäßige Passagierbeförderung durch. Sie vermittelte den Verkehr nach 26 ausländischen Großstädten. Selbst der Sommer 1932 brachte der Luft-Hansa noch eine Steigerung des Passagierverkehrs um 5 Proz., und sogar im Winter sind eine Anzahl regelmäßiger Flugverkehrsrouten mit ausländischen Großstädten im Betrieb. Der Junkers-Flugzeugtyp G. 38 (mit der Luft-Hansa-Bezeichnung D. 2500) kann als eine Rekordleistung im Flugverkehr bezeichnet werden. Neben den 34 Sitzplätzen für Passagiere und den 7 bis 9 für die Besatzung bleibt noch ausreichend Raum für Fracht- und Postbeförderung, sogar eine Bordküche mit Speisekammer, sowie Toiletten und Wafdraum sind vorhanden. Die Riesenmaschine wird mit vier Junkers-Motoren und einer Kraft von 2600 PS. angetrieben. Damit ist es möglich, ein Gesamtfluggewicht von 24 000 Kilogramm bei einer Geschwindigkeit von 185 Kilometer pro Stunde vorwärts zu bewegen!

In sieben Minuten steigt das Flugzeug zu einer Höhe von 1000 Meter, ohne daß man diese Steigung empfindet, weil sie ganz gleichmäßig ohne jegliche Schwankung vor sich geht. Noch reizvoller aber ist der Gleitflug, der uns in wenigen Minuten von 1000 Metern auf die Ebene bringt, ohne daß man auch nur einen Augenblick irgendwelche Unsicherheitsgefühle hat. Wahrlich eine Großleistung der menschlichen Technik! Wie weit wären wir kulturell, wenn diese technische Errungenschaft nicht nur verhältnismäßig wenigen zustatten käme, sondern dem ganzen Volke!

E. d. i.

## GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

### Um die Forderungen der Gartenbauern

Mit geradezu fanatischer Starrheit sind die Augen der Gartenbauern zur Zeit nur auf den einen Punkt gerichtet, von dem alles Heil erwartet wird — von der Kontingentierung der Einfuhr gärtnerischer Produkte. Die Aussichten zur Verwirklichung der aus politischen Hintergründen genährten Hoffnungen waren von Anbeginn sehr zweifelhafter Natur. Nunmehr, drei Tage vor der Reichstagswahl, beschloß die Reichsregierung, die Entscheidung der Kontingentierungsfragen nochmals zu vertagen. Mit der Taktik, sich auf die Kontingentierung als einzigstes und letztes Mittel derart festzulegen, hat der RddG. sich eine neue große Niederlage selbst bereitet. Das kann heute bereits gesagt werden. Er glaubte, an dieser Forderung ein wirksames Agitationsfeuerchen entzünden zu können — eine weitere Einbuße an Vertrauen in eine überlegte und überlegene Wirtschaftspolitik im Interesse der deutschen Gärtnerei dürfte die unausbleibliche Folge sein.

Eine schlimme Auswirkung der falschen Handelspolitik der „Konzentrations“regierung haben die Gartenbauern schon erfahren in der außerordentlichen Verstärkung der Einfuhr bei Tomaten, Zwiebeln, Bohnen, Gurken, Karotten und Kerpeln, die im August durch das Ausland bewirkt worden war. Eine noch schlimmere Folgeerscheinung sehen wir in der Abdrosselung der Ausfuhr deutscher Gärtnereiprodukte, ganz abgesehen von der ungeheuer benachteiligten deutschen Ausfuhrindustrie. Noch vor wenig Monaten wurde die erfreulich sich entwickelnde Ausfuhr von Erzeugnissen deutscher Gärtnereien und Baumschulen vornehmlich in die nordischen Länder freudig begrüßt und zu fördern gesucht. Jetzt hält man eine dahingehende Wirtschaftseinstellung und Politik im Reichsverband offenbar für höchst nebensächlich. — Welcher Schaden damit aber so manchem Gärtnereiunternehmer und vielen Arbeitnehmern der Gärtnerei bereitet worden ist und noch bereitet wird, läßt schon ein Beispiel erkennen, bei dem wir diesen Schaden ziemlich genau zu berechnen vermögen. Im allgemeinen stehen solche buchmäßigen Unterlagen den Arbeitnehmern leider selten zur Verfügung.

Die Dresdener Azaleen-, Rhododendron-, Kamellien- und Erikakulturen genießen als Versandgärtnereien Welttruf und hatten deshalb auch einen ausgedehnten Handel mit dem Ausland. Auch in diesem Jahre sind bedeutende Bestellungen erfolgt; fix und fertig verpackt stehen diese schon seit Wochen zum Versand bereit. Weil nun aber die deutsche „Tomatenkommission“, die da im Auslande herumgereist ist, mit der einzigen Ausnahme von Belgien, nirgends eine Verstärkung über die künftigen Handelsbeziehungen zustande gebracht hat, darum blieben alle die Bestellungen in den Dresdener Päckschuppen liegen.

Von einem Betriebe, nicht einem der größten, wissen wir, daß allein 8 Güterwagen voll Pflanzen, die von Dänemark bestellt waren, und 3 Güterwagen für die Tschechoslowakei mit Azaleen und Kamellien bester, größter Ware, wie sie in Deutschland nur noch selten veräußert ist, nicht mehr über die Grenze gebracht werden konnten. In vorsichtiger Schätzung ist schon in diesem einen Falle der erlittene Schaden auf 50 000 Mk. zu berechnen. — Dafür dürfen sich die Versandgärtnereien und die darin etwa noch beschäftigten Arbeitnehmer bei dem RddG. bedanken, der zweifelhaften Erfolge eines förmlichen Kontingentierungszuges die Interessen anderer Gruppen des eigenen Berufs opfert.

Bemerkenswert ist vielleicht noch die Tatsache, daß fast die gesamte gärtnerische Fachpresse der Suggestion des Reichsverbandes erlegen zu sein scheint. Lediglich „Der Gartenbau“ aus dem Leipziger Dietrich-Verlag nimmt eine grundsätzlich andere und u. E. richtige Stellung ein, wenn er in Nr. 41 schreibt:

Es entsteht die schwerwiegende Gefahr, daß die Vorteile der Kontingentierung durch die Nachteile eines verringerten Verbrauchs im Inlande an Gartenbauartikeln mehr als ausgeglichen werden; daß mithin statt der erhofften Verbesserung eine Verschlechterung des gärtnerischen Wirtschaftsstandes eintritt.

Das sind die Gründe, aus denen wir diesen sehr bescheidenen Erfolg nicht ohne Besorgnis ansehen.

Auf einem anderen Gebiete scheinen dagegen den Gartenbauern gewisse Erfolge zu winken; nämlich auf dem der Staat-

lichen Subventionen. Wir entnehmen der „Potsdamer Tageszeitung“, daß dem Obstbau Reichszuschüsse gegeben werden sollen in der Gestalt von 25 Proz. Rückvergütung bei neuen Obstanlagen. Es fragt sich allerdings noch, ob es sich hier um allgemeine Forderungen oder um eine auf Potsdamer Kreise beschränkte Sondersubvention handelt, die bei dem jetzigen System „nationaler Konzentration“ durchaus möglich erscheint.

Die Gemüsebauern in der Umgebung von Hamburg aber haben eine bittere Ablehnung ihrer Sonderwünsche auf Subventionierung und staatliche Abdeckung ihrer übersteigerten Kreditnahme erfahren. Auf ein dahingehendes Gesuch der Hamburgischen Gartenbaugesellschaft hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geantwortet, daß Reichsmittel für die Abdeckung oder langfristige Gestaltung von Krediten nicht zur Verfügung stehen.

Wir möchten zu den Subventionswünschen der Gartenbauern einmal zum Ausdruck bringen, daß wir es vom Standpunkt eines Staatsbürgers für untragbar halten, wenn ein Berufszweig einerseits die Hilfe und ständige Unterstützung des Staates und damit des ganzen Volkes in Anspruch nimmt, andererseits aber auch verlangt, daß auf die Interessen anderer Wirtschaftszweige und vor allem auf die der breiten Volksschichten als Verbraucher nicht die geringste Rücksicht genommen werden soll. — So kann und darf man die Wirtschaft eines Volkes nicht machen wollen.

### Der Lohnstarif für Blumengeschäfte allgemeinverbindlich

Das am 16. September vereinbarte Mindestlohnabkommen zum Reichstarif ist mit Wirkung vom 15. Oktober 1932 allgemeinverbindlich erklärt und auf Blatt 10 279 Nr. 14 des Tarifregisters eingetragen worden. Damit hat auch die Bestimmung in diesem Lohnabkommen, daß bei Inanspruchnahme der Verordnung vom 5. September (§ 1 und 7) die vom 1. Januar bis 30. April 1932 gültig gewesenen höheren Lohnsätze zugrunde zu legen sind, allgemeinverbindliche Geltung erlangt.

Jedoch die Allgemeinverbindlichkeit der fast untragbar heruntergedrückten Löhne war kaum erfolgt, da hielt es der Vorstand des Verbandes Deutscher Blumengeschäftsinhaber für angebracht, den Lohnstarif schon wieder zu kündigen (zum 31. Dezember). „Vorsorglich“ wird damit den Angestellten ein nachträgliches Weihnachtsgeschenk präsentiert, sofern sie zu diesem Zeitpunkt nach beendeter Saison nicht schon wieder arbeitslos sein sollten. Herrliche Vorzeichen herrlicher Zeiten einer „christlichen und nationalen Konzentration“.

### Berufsausbildung

Besichtigungen in Solingen. Im Rahmen des Bildungs- und Werbeprogramms der Ortsverwaltung Solingen war zu einer Besichtigung der Solinger Grünanlagen am Sonntag, dem 25. September, auch die Gärtnerfachgruppe Wuppertal eingeladen und sowohl die Wuppertaler wie Solinger Kollegen hatten sich in stattlicher Anzahl eingefunden. Unter der fachkundigen Leitung unseres Kollegen Obergärtner E. Gebel wurden die wesentlichsten Grünanlagen und der botanische Garten besichtigt. Manche Fachfragen wurden erörtert, und recht schnell hatten sich die Kollegen angefreundet; in echt kameradschaftlicher Weise, wobei auch der Humor nicht zu kurz kam, wurde dies und jenes auch einer sachlichen Kritik unterzogen. Hierbei wurden auch die gewerkschaftlichen Fragen nicht außer acht gelassen. Lohn, Arbeitsweise und Anzahl der Beschäftigten waren Gegenstand der Unterhaltung. Sehr viel Anregung für alle Kollegen gab der Botanische Garten. Auch die große Dahlienschau mit rund 1300 Stück fand viel Bewunderung, dem Gärtnerkalender wurde so manche Notiz über schöne neue Sorten einverleibt. Nach Besichtigung der neuen modernen Siedlungen des Solinger Spar- und Bauvereins wurde kurze Einkerer gehalten in der schönen Gaststätte dieser Siedlung. Hier kam das einstimmige Lob über das Gesehene zum Ausdruck. Die werbende Wirkung für die Organisation durch solche gemeinsamen Zusammenkünfte und Besichtigungen wurde ebenfalls betont. Mit dem Gelöbnis, für die Ausbreitung der Organisation mit allen Kräften Sorge zu tragen, trennten sich die Kollegen, die hier einige angenehme Stunden in recht kollegialer Weise im Kreise Gleichgesinnter verbracht hatten.



## UNSERE JUGEND

### Jugend auf zum Kampf

Unsere Jugendwerbung ist in vollem Gange. Eine große Anzahl von Ortsverwaltungen hat bereits Werbeveranstaltungen durchgeführt und Hausagitationen eingeleitet. In den Berufsschulen, in den Betrieben, überall wo unsere jugendlichen Mitglieder mit Arbeitskolleginnen und -kollegen zusammenkommen, werben sie für den Gesamt-Verband.

#### Unser Ziel ist Verdoppelung der Jugendmitgliedschaft.

In allen Ortsverwaltungen, in denen bisher eine Verbandsjugendgruppe noch nicht besteht, muß jetzt während der Werbeaktion eine solche gegründet werden.

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, der erfolgreichsten Jugendgruppe

#### den Reichsjugendwimpel

zu verleihen. Die Bewertung der Erfolge wird wie nachstehend geschehen:

1. Zahl der neugewonnenen jugendlichen Mitglieder.
2. Verhältnis der jugendlichen Mitgliedschaft zur Gesamtmitgliedschaft.
3. Zahl und Art der durchgeführten Jugendveranstaltungen.
4. Besuch der Jugendveranstaltungen im Verhältnis zur Jugendmitgliedschaft.

Außerdem hat der Verbandsvorstand eine Anzahl Buchprämien für erfolgreiche Jugendwerbung zur Verfügung gestellt. Es kommen also immer mehrere Bücher zusammen zur Verteilung an die in der Werbung erfolgreichen Gruppen.

Jugendkolleginnen, Jugendkollegen! Jeder einzelne von euch muß mit aller Kraft im Rahmen der großen Werbeaktion tätig sein. Die ausgeschriebenen Prämien sind nur eine kleine Anerkennung für eure Arbeit. Gewiß darf die siegreichste Gruppe besonders stolz auf den ihr verliehenen Reichsjugendwimpel sein. Aber es geht um mehr. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist noch nie so scharf entbrannt wie jetzt. Mit allen Mitteln versucht der bankrotte Kapitalismus sich zu retten. Die Arbeiterschaft soll die ganze Last der Wirtschaftskrise tragen. Um Jahrzehnte sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückgeschraubt werden.

Um das Schicksal der arbeitenden Jugend geht es dabei besonders. Deshalb darf es keinem Jugendlichen gleichgültig sein, wie das große Ringen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ausgeht. Das allen unorganisierten Berufsangehörigen einzublenen ist eure Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten.

Unser Kampf, den wir um unseren Lebensraum führen, ist naturnotwendig der Kampf gegen die besitzende Klasse, der, solange er im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft zu führen ist, ein Kampf um die Höhe der Bezahlung unserer Arbeitskraft bleibt. Unsere Gegner sind mächtig, da sie im Besitz der Produktionsmittel sind.

Sehen wir dieser Macht unsere einzige Stärke, die wir besitzen, große einige Gewerkschaften, entgegen, dann wird der Sieg auf der Seite der Arbeiterschaft sein.

Deshalb auf zur Werbung! — Jugend im Kampf voran!

Die Reichsjugendleitung.  
Fritz Kirische.

**Schüler wollen werben.** Die Werbeaktion der freien Gewerkschaften hat begonnen. Unverdroffen beginnen die Funktionäre zu wirken, sich Helfer zu schaffen, vorzustoßen in die Schar der Indifferenten. Es war ein glücklicher Gedanke der Berliner Bezirks- und Ortsverwaltung, zur Vorbereitung und besseren Fundierung dieser Arbeiten die Schüler der Bernauer Bundeschule zusammenzurufen. Am 25. Oktober kamen sie im Sitzungssaal des Hauptvorstandes am Michaelkirchplatz zusammen. Zündende Worte sprach Kollege Rochowski zur Eröffnung dieser Zusammenkunft und erklärte den Kampf der Reaktion und all ihren Helfern, die uns heute begeißeln. Nicht für uns, alles für die arbeitenden Menschen ist und bleibt der Grundsatz unseres Wirkens. Deshalb müssen der letzte Mann und die letzte Frau für uns gewonnen werden. Die beste Gewähr gegen alle Angriffe der Reaktion bietet eine starke disziplinierte Organisation; sie zu schaffen, wollen wir arbeiten und die Aussprache soll die geistige Grundlage dafür bilden. Kollege Reuter überbrachte Grüße des Hauptvorstandes. Kollege Dr. Seelbach, der Leiter der Bundeschule, referierte dann über „Werbung in der Krise“. In kurzen Worten er-

örterte er die Politik der letzten Jahre. Die Weltwirtschaftskrise ist an den Gewerkschaften nicht spurlos vorübergegangen. Ihre veränderten Aufgaben müssen durch möglichst starke Organisationskraft bewältigt werden. Nach dem Zusammenbruch von 1918 beschränkten sich die Gewerkschaften im wesentlichen auf den Ausbau der Sozialpolitik. Der Aufbau der Wirtschaft wurde dem Kapitalismus überlassen. Die günstige Konjunktur der Jahre 1924 bis 1928 brachte Parteien und Gewerkschaften materielle Erfolge. Es konnten Sozialreformen großen Stils durchgeführt werden. Durch diese Reformen erlangten die Gewerkschaften Einfluß in die Dinge, die das Arbeitsverhältnis und seine Regelung betrafen. Die Agitation wurde durch diese Erfolge wesentlich erleichtert. Der politische Einfluß trug zur Sicherung der einzelnen Errungenschaften bei. Diese Dinge veränderten sich grundlegend im Jahre 1930. Deutschland wurde jetzt in den Kreis der Weltwirtschaftskrise einbezogen. Es waren keine materiellen Erfolge mehr zu erringen. Die politische Entwicklung schaffte vollständig neue Situationen. Die nationalsozialistische Welle setzte ein. Wir verteidigten, was war. Selbstverständlich mußte die Agitation hierunter leiden. Wir glaubten, verteidigen zu müssen, bis eine Besserung der Konjunktur neue Aufstiegsmöglichkeiten schafft. Das aufgebaute soziale System glaubten wir dadurch in seinen Grundzügen gesichert. Mit dem Sturze Brünnings entstand eine neue Situation. Papen versuchte die Wirtschaft bisher mit wenig Erfolg zu beleben, im kapitalistischen Sinne mit kapitalistischen Methoden. Wir müssen uns auf die kommende Periode vorbereiten. Sozialpolitik allein genügt nicht mehr. Die sozialistische Wirtschaftspolitik muß in den Vordergrund gestellt werden, wie die Gewerkschaften dieses in ihrem Umbauprogramm getan haben. Das Schicksal dieser grundsätzlichen Reform ist jedoch abhängig von der Macht der Gewerkschaften. Es gilt daher, alles daranzusetzen, um die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Zusammenfassend sei gesagt, eine Rückkehr zur Vorkriegszeit ist unmöglich. Der Kampf um die neue Entwicklung kann nur von der organisierten Arbeiterschaft geführt werden. Den Funktionären fällt die Hauptaufgabe hierbei zu — Die Ausführungen des Kollegen Seelbach wurden des öfteren durch Fragen unterbrochen. Aber wie verschieden auch die Ansichten waren, es wurde gestritten um die Taktik, die war und werden soll. Grundsätzlich waren sich alle einig, daß es darauf ankommen müsse, alle organisatorischen Voraussetzungen zur Durchführung des Kampfprogramms der Gewerkschaften zu schaffen. Kein sinnloses Gemekel über Verrat der Bonzen, sondern ernster Wille, alles an die Gesundung des Volkes zu setzen. Alfred Stiehm.

**Breslau.** Eine Werbeveranstaltung für die Jugend arrangierte der Gesamt-Verband am 27. Oktober im Gewerkschaftshaus. An ihr nahm auch teil Herr Berufsschuldirektor Nitschke. Die Jugendkapelle des SdA hatte sich zur Verfügung gestellt, deren musikalische Darbietungen großen Anklang fanden. Der Sprecher der Gesamt-Verbands-Jugend schilderte die Not der Arbeiterschaft und als auf der Bühne ein Hitlerianer und ein Kapitalist erschienen, die die Arbeiterschaft für sich einfangen wollten, wurde ihnen trefflich entgegnet, daß sie nicht die Bundesgenossen der Arbeiterschaft sein können. Kollege Fabian wies dann noch in markanten Ausführungen darauf hin, daß die Friseur-, Gärtner-, Binder- und Binderinnen-, Hausangestellten- und Handelshilfsarbeiter-Jugend nur dann ihre Verhältnisse verbessern kann, wenn sie sich organisiert. Kollege Hahn, der Leiter der fachtechnischen Abteilung der Friseure, gab den Anwesenden kund, wie gerade die beruflichen Interessen innerhalb der Fachgruppen gewahrt werden und daß alles das, was in manchen Geschäften nicht erlernt werden kann, den Kollegen in den Abendstunden beigebracht wird. Keine Mittel sind gescheut worden, um die hochwertigsten Friseurapparate anzuschaffen und es ist die Pflicht der Arbeiterschaft, sich in allen Geschäften immer wieder danach zu erkundigen, ob die Friseure und Friseurinnen auch dem Verband angehören. Sodann wurde von der Jugendabteilung (also von Lehrlingen) ein Schauffrieren veranstaltet, das mit dem Prädikat „Gut“ bezeichnet wurde, als die Modelle ihren Rundgang durch die Anwesenden vornahmen. Nachdem der Bezirksjugendführer, Kollege Gottwald noch kurz Bezug nahm auf das demnächst stattfindende Bezirkstreffen, wurde die gut verlaufene Werbeveranstaltung mit dem Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ geschlossen. Wir fordern alle Arbeitereltern, die Kinder als Jugendliche in den Friseurgeschäften, in Gärtnereien und Bindereien, in Handels- und Transportbetrieben oder als Hausangestellte tätig haben, auf, sie der Jugendorganisation des Gesamt-Verbandes zuzuführen.

## Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 119,0 gegenüber 119,5 im September. Die Indexziffer für Ernährung ist um 0,8 auf 109,6, für Bekleidung um 0,8 auf 113,9, für sonstigen Bedarf um 0,4 auf 164,1 zurückgegangen. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist um 0,6 auf 136,0 gestiegen.

Eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten verbietet alle öffentlichen und nicht öffentlichen politischen Versammlungen für die Zeit vom 6. bis 19. November.

Der deutschnationale Bürgermeister der Stadt Eutin wurde von dem nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Boehmker mit Hilfe der Schutzpolizei zwangsweise amtsinsetzt.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden wurde durch eine Notverordnung des Preußenkommissars weiter beschränkt. Den Stadtverordneten wird das Budgetrecht genommen und der Oberbürgermeister zum Kontrollorgan der Stadtverordneten gemacht.

Zum Untergeneralsekretär des Völkerbundes wurde der deutsche Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg ernannt.

## Aus unserer Bewegung

Dresden. In der Generalversammlung am 26. Oktober erstattete Kollege Hänel den Geschäftsbericht. Die Ortsverwaltung weist 20 771 Mitglieder auf. 35 Lohn- und Tarifverhandlungen haben stattgefunden. Neun Tarifverträge für 12 491 Beteiligte konnten zum Abschluß gebracht werden. An Anwaltskosten für Rechtschutz bei Strafen ist der Betrag von 1271,19 Mk. aufgewendet worden. Die durchgeführten Einsparungen an Personal und sonstiger Verwaltungskosten haben sich auf die Kassenentwicklung günstig ausgewirkt. Nach längerer Zeit ist wieder ein Ueberschuß erzielt worden. An Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden- und Notfallunterstützung wurden 42 012,60 Mk. gezahlt. Die Mitgliederzahl der F a k u l t ä hat sich um 159 auf 2825 vermindert. Die Rentka weist 952 Mitglieder auf. Pensionszuschuß wird in 70 Fällen mit 4545 Mk. gezahlt. Die Ortsverwaltung hat für das Winterhalbjahr ein umfangreiches Bildungsprogramm aufgestellt. Die Eröffnung der Bildungs- und Werbearbeit durch eine Kundgebung konnte als gelungen bezeichnet werden.

Hamburg. In der Generalversammlung erstattete Kollege Gaack den Geschäfts- und Kassenbericht für das 3. Quartal 1932. Er stellte fest, daß trotz der schweren Wirtschaftskrise die Organisation, die einen Mitgliederstand von 68 000 für Groß-Hamburg nachweisen könne, gefestigt dastehet. Nach Annahme einiger Anträge der Geschäftsleitung, wie unter anderem die Ausschüttung einer Weihnachtsunterstützung sowie einiger Ausschlußanträge, wurde der Geschäfts- und Kassenbericht einstimmig gutgeheißen. Ein kurzer Bericht über die bisherigen Verhandlungen der Reorganisationskommission wurde zur Kenntnis genommen. Dann folgte ein Referat des Kollegen C. Polenske, Berlin, über: „Die Gewerkschaften in der wirtschaftlichen und politischen Krise.“ Er wies nach, daß der Privatkapitalismus nicht in der Lage sei, das eingetretene furchtbare Chaos wieder zu regeln. Selbst bürgerliche Volkswirtschaftler weisen den Gedanken nicht mehr von der Hand, daß Planwirtschaft vonnöten sei, damit wenigstens die Interessen der Minderbemittelten gewahrt werden können. Die von der Pappen-Regierung angewandten Palliativmittel würden sicher nicht das Ergebnis bringen, das die Wirtschaft braucht, um wieder zu gesunden, vornehmlich die Autarkie- und Kontingenzierungsbestrebungen der Regierung Pappen würden im allgemeinen und besonders für Hamburg katastrophale Folgen haben. Der Fortschritt der Technik bedingt schon den Sozialismus. Die Gewerkschaften stehen trotz der riesigen Arbeitslosigkeit wie der Fels im Meer da, und es wird oberste Aufgabe aller Gewerkschafter sein, dafür zu sorgen, daß es auch in Zukunft so bleibt.

Kassel. In der Generalversammlung am 30. Oktober gab Kollege Scheidemann den Geschäftsbericht. Er nahm die Rede des Bundesvorsitzenden des ADGB, Genossen Leipart, in Bernau zur Veranlassung, auf die unsinnigen Zeitungsberichte hinzuweisen, wonach ein Trennungsstrich zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gezogen werden sollte. Der Nationalsozialist Gregor Straßer hat im Berliner Sportpalast sogar erklärt, nach der Rede Leiparts könnten auch die Nationalsozialisten mit den Gewerkschaften gehen. Mit aller Deutlichkeit bezeichnete Kollege Scheidemann diese Gerüchte und Ansichten als sinnlos. Nationalsozialismus und Gewerkschaften können niemals zusammenarbeiten. Den Kassenbericht gab Kollege Geinix. Die Aussprache wurde von den Kollegen Reier, Diegler, Greiner, Winter, Doß und Beuters geführt. Kollege Willi Wittrock fand dann begeisterte Worte für die kommende Werbeaktion. Er ist mit allen Delegierten der Mei-

nung, daß es bald wieder aufwärts in der Gewerkschaftsbewegung gehen wird. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sehen in der „Regierungskunst“ des Herrn v. Pappen, wohin die Reise geht. Alle freigewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltsempfänger müssen und werden den Weg zur Organisation zurückfinden.

Magdeburg. Ueber „die Gewerkschaften und die Reichstagswahl“ sprach am 28. Oktober 1932 in einer Mitgliederversammlung Kollege Ferdinand Bender, Mitglied des Verbandsvorstandes. In der Aussprache pflichtete der Kollege Welsau den Ausführungen des Kollegen Bender bei, glaubte aber, an der SPD-Kritik üben zu müssen und empfahl als Allheilmittel die Sozialistische Arbeiter-Partei. Im Schlußwort entgegnete ihm Kollege Bender. Eine Resolution wurde dann angenommen, die zur Wahl der Liste 2 aufforderte.

Osterode (Harz). Die gemeinsame Versammlung der Ortsverwaltungen Osterode und Herzberg, am 30. Oktober, war stark besucht. Trotz des strömenden Regens waren die Kollegen selbst aus den entferntesten Orten bis zu 30 Kilometer der Einladung gefolgt. Von 180 Eingeladenen waren 120 Kollegen erschienen. Nach Erstattung des Kassen- und Geschäftsberichts referierte Bezirksleiter Kollege Kregel über die Bedeutung der Reichstagswahlen sowie über die Werbeaktion des Verbandes. Er schilderte die Ursachen der wirtschaftlichen und sozialen Not unseres Volkes und die politische Lage. Eine Stärkung der wirtschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen sowie der Presse sei unsere vornehmste Pflicht. Nach Erledigung einiger gewerkschaftlicher Angelegenheiten wurde die von gutem Geist besetzte Versammlung geschlossen.

## RUNDSCHAU

Das deutsche Volkseinkommen. Jeder Deutsche spürt es täglich, daß sein Einkommen gegenüber den Jahren 1927 bis 1930 wesentlich zurückgegangen ist. Es gibt sogar Millionen Deutsche, bei denen man von einem Einkommen überhaupt nicht mehr reden kann. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts betrug das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1931 insgesamt 37 Milliarden Mark. Es lag um etwa 13 Milliarden unter dem von 1930 und um rund 19 Milliarden unter dem von 1929. Auf den Kopf der Bevölkerung bezogen betrug das Volkseinkommen 1931 883 Mk. gegenüber 1190 Mk. im Jahre 1929. Für Inlandszwecke waren im Vorjahre rund 56 Milliarden oder 868 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung verfügbar. Im Jahre 1929 lauteten diese Zahlen 73,6 Milliarden und 1151 Mk. Je Kopf der Bevölkerung wurde 1931 ein um 15 Proz. höheres Einkommen ermittelt als im letzten Vorkriegsjahr. Aufschlußreich ist die Entwicklung des Aufbaues des deutschen Volkseinkommens. Für Lohn und Gehalt wurden im Jahre 1928 und 1929 etwa 43 Milliarden aufgewandt. Im Jahre 1930 dagegen 39,6 und 1931 33,0 Milliarden. Die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland erhielten 1931 10 Milliarden weniger als zwei Jahre vorher. Mehr als jede andere Bevölkerungsschicht litten sie unter der Krise. Gestiegen ist nur ein Posten, und zwar die Summe, die für Renten und Pensionen ausgegeben wird. Sie stieg von 1929 bis 1931 von 9,2 auf 10,1 Milliarden. Im letzten Vorkriegsjahr mußten für Renten und Pensionen nur 1,4 Milliarden ausgegeben werden. Mehr als das Siebenfache erfordert dieser Aufwand jetzt.

## Die Kaufkraft / Ein Rundfunk-Mysterium

### „Das Lied von der Kaufkraft“

Wir werden von Kopf bis Fuß unterstützt.  
Was aber nichts nützt. Was aber nichts nützt.  
Denn uns fehlt die Kaufkraft.

Zum Beispiel wir Brüder aus Lohnklasse VI.  
Unsere Lage ist schwarz wie ein Tintenfass...  
Uns fehlt jede Kaufkraft.

Wir stehen vor den Läden... Wie die Idioten.  
Für uns hängt ein Schild da: „Kaufen verboten!“  
Uns fehlt ja die Kaufkraft...

Jede Wurst ist ein mythisches Ungeheuer:  
Sie ist nämlich billig und trotzdem zu teuer...  
Uns fehlt jede Kaufkraft!

Wir möchten sehr gern unser Schicksal verkaufen.  
Doch wer kann sich noch was zum Essen kaufen??  
Wir haben bloß Kaufkraft...

Doch der Mensch fällt zu Boden, wenn er sich nicht aufrafft!  
Wir müssen kämpfen! — Diese Zeit verlangt Kaufkraft!  
K ä m p f u m d i e K a u f k r a f t !

Alice Eckert-Rothholz.

# SCHRIFTEN UND BÜCHER

(Besprechung vorbehalten)

„Um die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ von Anton Erkelenz. Kölner sozialpolitische Vierteljahresschrift, Heft 2, Jahrgang 1932. Verlag des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften, Köln.

In der Tagespresse bereits hat Anton Erkelenz den Gedanken wiederholt vertreten, daß aus der Wirtschaftskrise zu lernen sei, die deutsche Gewerkschaftsbewegung müsse einheitlich werden. Er schildert nun die Entstehung und Entwicklung der drei verschiedenen Richtungen (freie, christliche und Hirsch-Dundersche Gewerkschaften) und kommt zu dem Resultat, daß besonders seit der Revolution der Streit um die Kulturfragen seine parteibildende Kraft fast verloren hätte und daher auf politischem Gebiet bereits einer Zusammenarbeit Platz gemacht habe, was nun auch konsequent auf die Gewerkschaften übertragen werden müsse. Es haben bereits eine Anzahl deutscher Gewerkschaftsblätter — wie wir auch — zu dieser Frage Stellung genommen, insbesondere auch durch Diskussionsartikel ihrer Mitglieder. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß dieses Problem trotz aller Beteuerungen und Diskussionen zur Zeit leider absolut nicht aktuell ist. Wohl könnte sich das Häuflein der Hirsch-Dunderschen heute u. G. ohne Schwierigkeiten den freien Gewerkschaften anschließen. Das um so mehr, als die Vertretung der politischen Interessen im Parlament durch die Staatspartei nicht mehr gewährleistet erscheint, da sie fast ausgestorben ist. Bei den Christen hingegen erscheinen uns die Dinge wesentlich anders. Hier haben wir zwar ein Zusammengehen von Fall zu Fall erreicht in den sozialpolitischen und ähnlichen Fragen. Andererseits ist doch die politische Linie des Zentrums als der gegebenen Partei der christlichen Gewerkschaften neuerdings wieder derart stark ins Schwanken geraten durch ihr Liebäugeln mit den Nationalsozialisten, daß es uns ausgeschlossen erscheint, hier eine engere Verbindungsbrücke zu finden. Auch der Appell Erkelenz', daß die heutige Jugend — die führende Generation von morgen — der Gewerkschaftsbewegung föhrl gegenüberstehe, erscheint uns in dieser Allgemeinheit durchaus nicht berechtigt. Gewiß muß sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung „verjüngen“, um größere positive Ziele aufzunehmen, nur darf man nicht vergessen, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise seit zwei Jahren und nach menschlichem Ermessen noch auf lange Zeit hinaus größere Ziele nicht zur Durchführung kommen läßt. Erkelenz behandelt auch kurz das gleiche Problem für die Angestellten-gewerkschaften. Hier müssen wir sagen, daß seine Schlussbemerkungen durchaus das Richtige treffen, nämlich: „Es ist vielleicht zur

Stunde noch undenkbar, den Gedanken der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung zu vertreten. Es ist zu befürchten, daß diese Stunde leider noch recht lange anhält.“ In einer Beziehung sind uns die Christen allerdings wesentlich näher gerückt, seit Imbusch und die christlichen Bergarbeiter mit unseren Stumpels die gleiche Forderung aufstellen: „Enteignung und Verstaatlichung des Bergbaues.“ — So interessant es sein kann, gewerkschaftliche Probleme zu wälzen, so wenig wahrscheinlich erscheint es uns selbst auf lange Sicht hinaus, daß die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung möglich werden würde. Im Gegenteil, die Zerrissenheit ist zur Stunde größer denn je. Denn außer den drei offiziellen Richtungen besteht bekanntlich noch ein „linker“ Flügel (RSD.), der uns bei der Agitation immerhin Schwierigkeiten bereitet, wozu noch in den letzten Monaten die Nazi-Vertriebszellen gekommen sind. Es wäre schon viel gewonnen, wenn es uns gelingen würde, diese rechts- und links-„radikalen“ Oppositionstruppen wieder in das freigewerkschaftliche Lager zurückzuführen. E. Dittmer.



**Trink Malzkaffee,  
den guten Trunk der GEG —  
dann bleibst du jung!**

Folgen Sie diesem Rat  
— sparen Sie!

## GEG- MALZKAFFEE

aus Ihrem Konsumverein  
ist billig, hochergiebig und —  
er hat den herzhaften Wohl-  
geschmack!



# In Salem

sieht der Raucher das Musterbeispiel der Qualitäts-Zigarette überhaupt.

Salem ist die führende deutsche Marke.

Das verpflichtet und ist zugleich Garantie für die Erhaltung und Steigerung dieses kostbaren Gutes.

Die milde

# SALEM

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.



Das ist die Salem-Fabrik

**UMSONST**

und portier versierte  
**Hauptkatalog**  
 üb. Christbaum-  
 schmuck, Kin-  
 derspielwaren  
 sowie tausend  
 andere Artikel.  
**Emil**  
**Jansen**  
 Versandhaus  
 „Volkslust“  
 Solingen-Wald  
 Nr. 52

**Korbmöbel**  
 Niedrig. Preise, direkt ab Fabrik,  
 franko-Lieferung - 10 Monatsraten  
 Schlagel: 3teilige Polstergarnitur  
 Mk. 30.- Katalog gratis  
**Korbmöbelfabrik Böhmer**  
 Oberlangenstadt 555, Lichtenfels-Land

**AKTENSTAUB**

Aus dem Tagebuch eines Wohl-  
 fahrtsdezernenten. Von Stadtrat  
**HERMANN DRECHSLER**

Romanhafte Wahrheiten  
 zieht der Verfasser aus  
 den Akten an das grelle  
 Tageslicht. Unsinn und  
 Unsittlichkeit der kapita-  
 listischen Wirtschafts-  
 ordnung werden bes-  
 wiesen. - Brosch. 2,- M.  
 in Ganzleinen 2,50 M.

Bestellungen an die Buchhand-  
 lung des Gesamt-Verbandes:  
**Verlagsanstalt „Courier“ GmbH.**  
 Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1

**Ohne Diät**  
 bin ich in kurzer Zeit  
**20 Pfd. leichter**  
 geworden. du auch ein einf.  
 Mittel, welches ich jed.  
 gern kostent. mittel.  
**Frau Karla Mast, Bremen B.C. 68**

**Vollschlank!**  
 Schöne Büste u. Kör-  
 perform könn.  
 Sieselb. er-  
 zielt durch  
 einfach. un-  
 schädli. Me-  
 thode. d. ich  
 lhn. kosten-  
 los vertrat  
**Frau M. KUMMEL**  
 Bremen B. 52

Gerhard Seger:  
**Wehrhafte Republik**  
 Statt 1,- Mk. jetzt nur  
 0,25 Mk. Bestellungen  
 an die Verlagsanstalt  
 „Courier“ GmbH.,  
 Berlin SO 16,  
 Michaelkirchplatz 1.

**EISU Bettten**  
 Stahl-  
 Holz-  
 Schlafzim, Polster, Stahl-  
 matrat. an jeden Teilz. Kat. fr.  
 Eisenmöbelfabrik Suhl/Ta.  
**ALLES BILLIGER!**  
 Westfalia Werkzeug Co.  
 Hagen 101 i. W.  
 Werkzeugliste gratis

**Wer gute Taschen- od. Arm- Uhr**  
 ganz billig kaufen will, verlangt  
 Preisliste gratis.  
**UHREN - KLOSE, Berlin SW 29/97, Zessener Straße 8**

Man fertigt sich alles  
 selbst d. die schöne  
 Laubsägerei. Kat. gratis.  
**J. BRENDEL**  
 Limburgerhof 95, Pfalz

**JOSEF WITT, WEIDEN OPF.**

**der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art  
 in Baumwollwebwaren  
 mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken**

**4000** Arbeiter und Angestellte  
 in eigenen Betrieben

**30000** Pfd. Baumwollgarne tägliche Fertigstellung  
 in eigenen Baumwoll-Spinnereien

**105000** Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigstellung  
 in eigenen Webwarenfabriken

**80000** Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigstellung  
 in Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigstellung  
 in Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigstellung  
 in Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigstellung

**Allein 1 Million** Warensendungen haben meine allen  
**und 380000** Kunden im letzten Jahre nachbestellt.

**Warum haben diese ungeheuren Massen meiner Kunden, nachdem sie meine  
 Waren gesehen hatten, wiederholt meine Waren nachgekauft? - Ihre Antwort  
 wäre mir auf diese Frage sehr interessant und besonders erwünscht!**

Die Rohbaumwolle, aus welcher meine Stoffe  
 hergestellt werden, ist seit August gewaltig im  
 Preise gestiegen, weshalb auch Baumwoll-  
 stoffe bedeutend teurer wurden.

Jetzt habe ich noch gewaltige Mengen dieser  
 Rohstoffe aus der billigsten und billigsten Zeit  
**Daher heute noch  
 diese ungeheuer niedrigen Preise!**

Diese Preise sind sofort ungültig, wenn ein Inserat mit höheren Preisen erscheint.

Nr.	Preis per Meter	Mt. Dsg.	Nr.	Preis per Meter	Mt. Dsg.	Nr.	Preis per Meter	Mt. Dsg.
81	<b>.12</b>		86	<b>.34</b>		91	<b>.10</b>	
82	<b>.14</b>		87	<b>.32</b>		92	<b>.20</b>	
83	<b>.28</b>		88	<b>.38</b>		93	<b>.55</b>	
84	<b>.68</b>		89	<b>.35</b>		94	<b>1.-</b>	
85	<b>.18</b>		90	<b>.28</b>		95	<b>2.75</b>	

**Trotz dieser niedrigen Preise wird jedem Paket  
 eine hübsche, gutegehende Standuhr beigelegt.**

**Auf Wunsch werden statt der Standuhr Mt. 1.10 in bar vergütet,  
 welcher Betrag an der Rechnung in Abzug gebracht wird.**

Es genügt, wenn Sie bei Bestellungen die Nummer und die Meterzahl von den gewünschten Artikeln angeben. -  
 In einem Briefsteller wird von jedem Artikel bis 100 Mt. bezgl. bis 100 Stück abgegeben. - Versand erfolgt per  
 Nachnahme von Mt. 10.- an; portofreie Lieferung von Mt. 20.- an. - **Meine Garantie:** Auf Wunsch sofortige  
 Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages.

**Josef Witt, Weiden 58 Opf.**  
 der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren  
 mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken. T 19/1